

WELTALL.

ERDE. MENSCH.



Ende

DIE WARE.

KAMPAGNE

GEGEN SOZIALE AUSGRENZUNG. FÜR EINE SOZIALE GRUNDSICHERUNG

>> BASICS

Unter dem Motto „Gegen soziale Ausgrenzung. Für eine Soziale Grundsicherung!“ gibt's im Frühjahr 2001 eine bundesweite Kampagne.

Im Mittelpunkt unserer Kampagne steht dabei die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Notwendigkeit und Möglichkeit einer bedarfsorientierten Sozialen Grundsicherung. Ohne Arbeitszwang und als materielle Bedingung für ein Leben mit weniger Armut und Abhängigkeit. Für die Teilhabe und -nahme aller Menschen am sozialen und kulturellen Leben in dieser Gesellschaft.

Zudem wollen wir die Kampagne nutzen, um unsere eigene programmatische Diskussion über linke Alternativen zum neo-liberalen Mainstream anzuregen und das sozialistische Profil unseres Jugendverband zu schärfen.

Konkrete Utopien für eine neue Arbeits- und Bildungsgesellschaft, zur Befriedigung kultureller, sozialer und ökologischer Bedürfnisse sollen hierbei in die Diskussion eingehen.

>> INFOS

KAMPAGNENREADER.

Die erste Auflage des Readers ist komplett vergriffen. Macht aber nichts - die zweite Auflage ist Mitte Dezember 2000 fertig, und kann bestellt werden:

030 - 24 009 419

AUFKLEBER, PLAKATE UND WEITERE MATERIALIEN SIND IN ARBEIT.

Weitere Information zur Arbeit von ['solid] - die sozialistische jugend gibt es bei der:

**Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin**

Tel: 030 - 24 009 419

Fax: 030 - 24 009 326

e-mail: info@solid-web.de

>> ACTION

KLAUSURTAGUNG.

Auf ihr soll es um die Planung der Kampagne, der Materialien und der wesentlichen Inhalte und Aktionen gehen:

**15. Dez. - 17. Dez. 2000
in der Braunschweiger
Jugendherberge.**

KAMPAGNENWOCHE.

Ausgehend von den Ergebnissen der Klausur wollen wir im März eine bundesweite Kampagnenwoche veranstalten, in der die Landesverbände und Ortsgruppen von ['solid] mit eigenen Aktionen zum Thema am Start sind.

WWW.SOZIALE-GRUNDSICHERUNG.DE



WEN NUR LIEBEN?

>> WEIHNACHTSBERICHT

Herbst ist es nun schon eine ganze Weile. Die Tage sind kurz geworden und bei so viel Kälte und Dunkelheit ist die Suche nach Wärme und Liebe verständlich. Ganz in Herbstmelancholie schwelgend raschelte es Mitte Oktober urplötzlich im sozialistischen Wald. Da entdeckte doch die gerade frisch gebackene PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer ihre Liebe an den „schönen Seiten“ von Deutschland und begründete ihre Ansichten in der taz auch noch mit einer angeblichen Notwendigkeit von „nationaler Identität“. Warum Zimmer nun den von ihr vollkommen zurecht kritisierten DDR-Mief gegen eine äquivalente gesamtdeutsche Wohnzimmeratmosphäre eintauschen möchte, bleibt allerdings ihr Geheimnis.

Anders, als im Falle der nationalen Identitäts- und Zwangsgemeinschaft D., konnten sich Mitglieder und SympathisantInnen von [solid] in den letzten Wochen auf unserer Homepage selber entscheiden, wen sie lieben. Immerhin haben sich 360 Leute beteiligt und das Ergebnis wollen wir Euch natürlich nicht vorenthalten: 30,83 Prozent lieben Ihren Freund resp. ihre Freundin, 30,28 Prozent lieben die [solid] Sozialismus-Ente und 28,06 Prozent den Sozialismus ohne Ente. Allerdings haben wir uns schon gefragt, warum das blöde Tier genauso attraktiv wie der Sozialismus sein soll. Glücklicherweise stimmt uns allerdings, dass der Gesinnungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland nur 6,39 Prozent abbekam.

In der letzten WARE fragten wir uns skeptisch, wie viel vom gesellschaftlichen Druck gegen Rechts aus der Sommerlochdebatte erhalten bleibt. Nun, die Rechts-extremen - namentlich die NPD - sind nun die Bösen und alle anderen - namentlich gerade auch die CSU - sind die Guten. Mit der Demo am 9. November wurde nun auch symbolisch die neue staatliche „Einheitsfront“ gegen Rechts ausgerufen. War ja auch der „Aufstand der Anständigen“ - deswegen waren wir auch nicht dort. Genauso wenig, wie unser Ex-Fast-Ober-Nun-Doch-Nicht-Koksender-Bundestrainer Christoph Daum.

Neben den vielen redlich gegen Rechts engagierten Gruppen und den Menschen,

die dem Aufruf gefolgt waren, stand sich auch die CDU die Beine in den Bauch. Und diese ist für ihre Liebe zur Antifa-Arbeit wirklich nicht bekannt. Getröstet hat wahrscheinlich uns alle, ob vor Ort in Berlin oder im Warmen und sich das Treiben auf Phoenix anschauend, dass Paul Spiegel einige der Widersprüche in dieser „anständigen“ Einheitsfront gegen Rechts deutlich benannt hat. Mit einem Schönwetter-Antifaschismus ist nichts getan. Und wenn der gesamtgesellschaftliche Konsens gegen Rechtsaußen zu einem Alles verkleisternden Harmoniezwang in der Ursachenaufdeckung und -bekämpfung führt, dann müssen kritische Fragen erlaubt sein. Aus Liebe zum Verstand.

WELTRAUM - ERDE - MENSCH. Das klingt zunächst einmal nach esoterischem Bockmist, bzw. nach einer Reminiszenz an die Jugendweihe der ehemaligen DDR. Beides kommt in der vor Euch liegenden, nunmehr vierten Ausgabe der WARE. nicht vor.

Stattdessen dreht sich diesmal alles um wirklich wichtige Belange unseres Planeten: So zum Beispiel um die z. T. sehr verschiedenen regionalen Bedingungen, unter denen junge Menschen hierzulande linke Politik machen. Weiterhin widmen wir uns der oft vergessenen Situation von Frauen auf der Flucht, um die ökologischen Frage in den Industriestaaten und deren rassistische Ausformung im gängigen Diskurs über die „Bevölkerungsexplosion“ in den armen Ländern des Südens. Besonders wichtig waren uns bei dieser Ausgabe die Querverbindungen zwischen den drei Themenkomplexen Internationalismus, Feminismus und Ökologie.

Die nächste und alle folgenden Ausgaben von DIE WARE. werden übrigens in einem neuen Format erscheinen. Das hat vor allem etwas mit einem notorisch knappen Budget und einer trotzdem notwendigen Steigerung der Auflage dieses Blättchens zu tun. Der damit verbundene Neuanfang wird auch zu einer Neuverteilung der Redaktionsarbeit führen und eröffnet allen journalistisch interessierten Mitgliedern von [solid] die Möglichkeit eines vergleichsweise einfachen Einstiegs in die Produktion dieses Magazins.

DIE WARE. #4



KÜHE MELKEN

POLITIK MACHEN AUSSERHALB DER GROSSTADT.

6



DIE SCHILLERENDE WELT ...

POLITIK IN BERLIN UND ANDERSWO

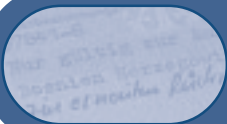
8



SUB-KULTUR AM RANDE.

AM ABGRUND.

10



SCHUTZ

FÜR VERFOLGTE FRAUEN

11



WARUM SIE GEHT ... !

FLUCHT UND MIGRATION VON FRAUEN

12



NORD UND SÜD

BEVÖLKERUNGSPOLITIK ALS ÖKOLOGISCHER RASSISMUS

14

IMPRESSUM >>

Kultur & Medien:

Maren Busser, Sascha Däubner, Oliver Enste, Martin Haller, Michael Lindner, Katrin Lübke, Gregor Mohlberg, Otto Neumeyer, Jens Prietzel, Christian Tedjasukmana

Gestaltung:
Maren Busser, Martin Haller, Michael Lindner, Katrin Lübke, Jens Prietzel

Herausgeber:
[solid] – die sozialistische jugend e.V.

Kontakt:
[solid] - die sozialistische jugend
Bundeskommission K & M
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
e-mail: redaktion@dieware.de

Kontoverbindung:
solid e.V.
Berliner Bank
Kontonummer 4393851500
Bankleitzahl 100 200 00
Verwendungszweck DIE WARE

Druck:
Druckerei Paulick, Berlin

Ausgabe:
Dezember 2000

Redaktionsschluß für DIE WARE. #5:
15. Januar 2000

DIE WARE. erscheint vierteljährlich und ist für Mitglieder kostenlos beim Bundesverband, den Landesverbänden und den Gruppen in den Regionen erhältlich. Nicht-Mitglieder können die Zeitschrift

gegen eine Kostenaufwandspauschale von 10,00 DM für vier Ausgaben beim Bundesverband abonnieren. Ansonsten wird die Zeitschrift kostenlos abgegeben. Verteiler und Aktionsgruppen haben gegen eine kleine Spende aber im Grunde nichts einzuwenden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion oder des Verbandes wieder. Für ihre Artikel übernehmen die AutorInnen die Verantwortung im Sinne des Presserechts.

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift DIE WARE. solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne der Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter schriftlicher Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.



ES WERDE LICHT!

ENERGIEWENDE
JETZT!

16



UMWELT UND MARKT ...

ÖKOLOGIE ALS
MARKTPRINZIP

18



SEX, DRUGS, ROCK'N'ROLL!

ODER, WIE SICH HIPPIES DEM
SYSTEM ANPASSEN ...

19



NPD-VERBOT

PRO & CONTRA
DAS STREITGESPRÄCH.

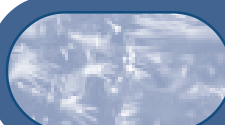
20



BOOK REVIEW

STEFAN WIRNER:
INSTALLATION SIEG

22



MOVIE REVIEW

LARS VON TRIER:
DANCER IN THE DARK

23



ALL YOU CAN EAT ...

TERMINE, ADRESSEN UND MEHR
SACHEN ZUM SAMMELN

24



MITMACHEN!

SELBER MACHEN!
KAPITALISMUS KAPUTTMACHEN!

27

KÜHE MELKEN, BIER TRINKEN ODER DIE REVOLUTION STARTEN?

POLITIK MACHEN AUSSERHALB DER GROSSTADT.
EIN ERFAHRUNGSBERICHT.

[Lars Thiede]

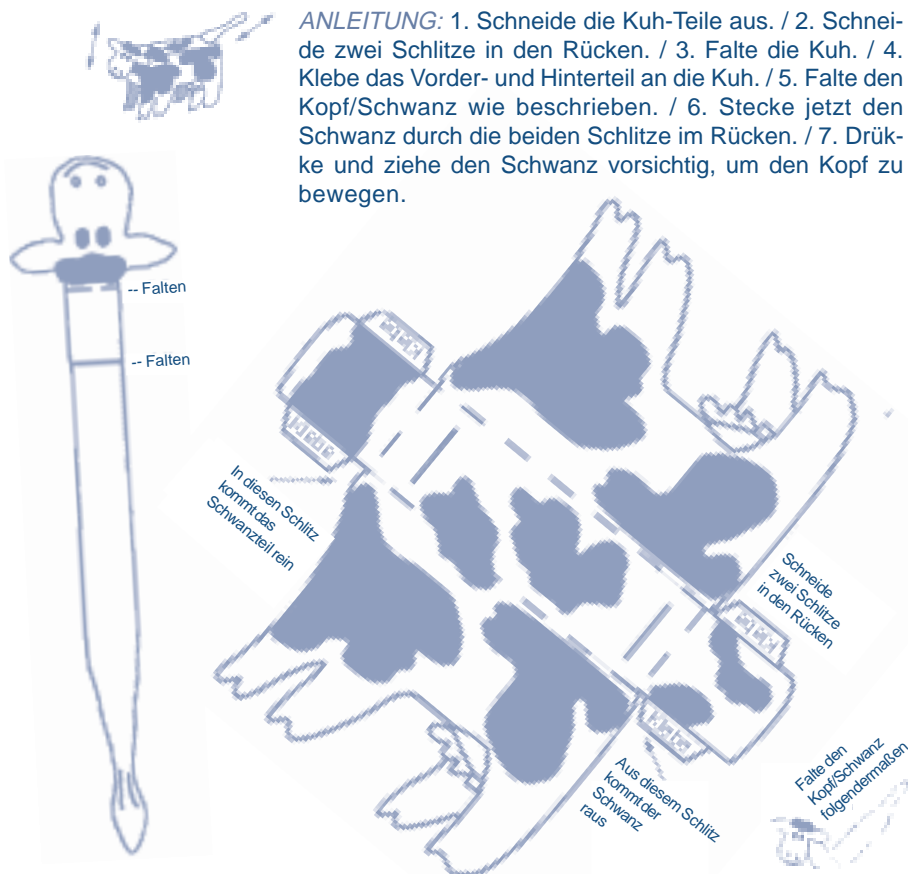
FRIEDHOF? „Nachtanzdemos“ sind das neue Stichwort, wenn es um moderne politische Aktionsformen jenseits von Info-stand, Podiumsdiskussion und Pappen aufhängen geht. Schöne Sache, schade nur wenn die Straßen deiner Heimatstadt nachts so lebendig wie ein Friedhof (oder eine Fabrikhalle in den neuen Bundesländern) sind, da die Bürgersteige spätestens um 19 Uhr 30 hochgeklappt wurden. Schade, wenn die Demo sowieso wenig überzeugend wirken würde, da ihre TeilnehmerInnen auch auf einem Wohnungsflur normaler Größe Platz gefunden hätten. Was also tun, wenn die einzigen jungen Menschen, die sich neben der Jungen Union in deiner Kleinstadt politisch engagieren, du und deine zwei FreundInnen sind?

In vielen Regionen abseits der Großstädte besteht das gesamte linke, sozialistische oder überhaupt irgendwie fortschrittliche Engagement aus nur einigen wenigen, meist jungen Menschen. Zwar gibt es in fast jedem noch so kleinen Kaff ein paar alte GewerkschafterInnen oder andere AltLinke, ob die im Einzelfall aber immer noch links, fortschrittlich oder aktiv sind, sei dahingestellt.

MONOKULTURELL. Aber zurück zu den jungen Menschen. Häufig handelt es sich

DAS LUSTIGE KUH-SPIEL

ANLEITUNG: 1. Schneide die Kuh-Teile aus. / 2. Schneide zwei Schlitze in den Rücken. / 3. Falte die Kuh. / 4. Klebe das Vorder- und Hinterteil an die Kuh. / 5. Falte den Kopf/Schwanz wie beschrieben. / 6. Stecke jetzt den Schwanz durch die beiden Schlitze im Rücken. / 7. Drücke und ziehe den Schwanz vorsichtig, um den Kopf zu bewegen.





bei ihnen um Mitglieder desselben Freundeskreises, also um Leute die auch außerhalb der Politik ihre Zeit zusammen verbringen. Man ist im selben Jahrgang an der Schule, geht zu denselben Feten, Spiele- oder Videoabenden und hört dieselbe Musik. Man singt zusammen alte Arbeiterlieder, trinkt zuviel Bier (vorzugsweise Karlsquell) und köchelt in monokulturellen Strukturen vor sich hin. Neue MitstreiterInnen gewinnt man meist über persönlich Kontakte oder glückliche Umstände, aber wahrscheinlich ist das auch in Großstädten nicht viel anders.

MANGEL ÜBERALL. Soweit so gut, aber wie sieht Politik machen auf dem Lande konkret aus? Zunächst einmal fehlt es eigentlich an allem, was man als Rahmenbedingungen so gebrauchen könnte. Es gibt außer dem, was man selbst besitzt, keine Infrastruktur (Telefon, Fax, Computer, Internet, Kopierer etc.), die man eben mal so benutzen könnte. Es mangelt vor Ort einfach an „befreundeten“ Organisationen oder Parteien (besonders westlich der Elbe). Es fehlt an einer nicht-privaten Postanschrift, Geld um Flugis zu kopieren und einem öffentlichen Raum, um sich zu treffen.

ANFÄNGERINNEN. Ein weiterer Punkt ist die häufig vorhandene politische Unerfahrenheit. Wer weiß als politischer Anfänger schon, wie er sich gegenüber einem unachgiebigem Ordnungsamt, einem unkooperativem Jugendzentrum oder anderen Unwägbarkeiten durchsetzen kann? Als junger Mensch ist man aber bei diesen Fragen häufig trotzdem auf sich allein gestellt, denn an einer Person, die man um Rat fragen könnte, wenn man es leid ist, selber (schlechte) Erfahrungen zu machen, mangelt es oft. Oder, fast genauso schlimm, man gerät an jemanden, der alles besser weiß und alles ganz anders machen würde und darum auch keine Hilfe darstellt.

Ein anderes großes Problem ist meistens, seine politische Arbeit publik zu machen. In Regionen wo man schon als Mitglied des CDA (CDU-naher Arbeitnehmerverband) als bolschewistischer Querdenker gilt, hat man als SozialistIn extrem

schlechte Karten. Allein eine Pressemitteilung oder Terminankündigung in das lokale Monopol-Käseblatt zu bekommen, stellt sich oft als unlösbares Problem dar, obwohl sich die Tageszeitung eigentlich „politisch unabhängig und überparteilich“ schimpft.

THEMEN FINDEN. Aber irgendwie schafft man es im Normalfall, die organisatorischen Schwierigkeiten auf die eine oder andere Art zu überwinden. Spätestens jetzt tritt allerdings die Frage auf, an welchen politischen Themen man eigentlich arbeiten will. Diese sind in einer Kleinstadt auf den ersten Blick häufig eher dünn gesät, vor allem, wenn man sich nicht nur an Fragen der Verkehrsplanung oder ähnlich spannenden Themen abarbeiten will. Meistens sind auf den zweiten oder dritten Blick aber genug Themen zu finden, die häufig nur aufgrund des typischen Kleinstadtklüngels zwischen Presse, Verwaltung und Stadtrat nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Kürzungen in Sozial- und Jugendetats, Abschiebungen von Menschen ohne deutschen Paß, Privatisierungen von Jugendzentren und anderes sind in jeder Stadt an der Tagesordnung. Sie werden praktisch häufig nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgezogen. Es gibt also (leider) gewöhnlich mehr Themen, als man letztendlich bearbeiten kann.

ÜBERSICHTLICHE SZENE. Die Tatsache, daß man vor Ort fast die einzige politisch arbeitende Kleingruppe ist, kann aber auch einen Vorteil bedeuten, da die Menschen politische Angebote dankbarer annehmen. Während Bewohner von Großstädten oft mit Politik übersättigt sind, da sie täglich eine Unzahl von Angeboten erhalten, ist in einer Kleinstadt oft eine einfache Abendveranstaltung das politische Highlight des Monats. So kann, wenn Thematik, Organisation und Werbung einigermaßen stimmen, eine simple Informationsveranstal-



tung manchmal eine bemerkenswerte Resonanz haben. Dieser Gegensatz zwischen Groß- und Kleinstadt zeigt sich auch, wenn es um die Geschwindigkeit der politischen Anerkennung und um Angebote zur Mitarbeit geht. Je kleiner die Stadt ist, desto kleiner und übersichtlicher ist die politisch engagierte Szene. Nicht selten freuen sich darum die etablierten politischen Akteure um so mehr über engagierte junge Leute, auch wenn sie deren politische Einstellungen oft nicht teilen oder einfach nicht ernst nehmen („In deren Alter war ich auch noch ein radikaler Kommunist, das geht bald vorbei ...“).

ZUSAMMENARBEIT. Die geringe Zahl an politisch aktiven Leuten zwingt einen in Kleinstädten aber auch zu - öfter auf den ersten Blick - etwas kuriosen Bündnisprojekten. Da findet man sich schon mal in einem Bündnis mit der Jungen Union, dem Schützen- oder Fußballverein wieder. Häufig bieten aber gerade solche Bündnisse die einzige Möglichkeit eine ausreichende Zahl von Menschen für ein bestimmtes Projekt zu gewinnen und zu mobilisieren. Überhaupt ist Engagement in den Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- oder Kulturinitiativen, Stadtjugendringen oder Ähnlichem eine gute Möglichkeit um Informationen, Kontakte, lokale Bekanntheit und politische Glaubwürdigkeit zu erlangen. Außerdem bietet die Mitarbeit in diesen Organisationen auch teilweise die Chance, wirklich etwas zu bewegen, wozu man allein nicht in der Lage gewesen wäre und Menschen anzusprechen und zu politisieren, die man sonst nie erreicht hätte.

40 JAHRE UNTERDRÜCKUNG. Abseits der Großstädte ist man als linker Jugendlicher aber keinesfalls immer nur willkommen. Viel zu häufig muß man sich bei Infoständen oder anderen öffentlichen Auftritten die wüstesten Beschimpfungen anhören. Denn der Antikommunismus ist immer noch weit verbreitet und nimmt oft die kuriosesten Formen an (persönliche Verantwortlichkeit für 40 Jahre Unterdrückung in ganz Osteuropa, etc.). Und noch einen Nachteil hat die politische Arbeit auf dem Lande: Häufig bricht, wenn die Gruppenmitglieder so 19-20 Jahre alt sind, die ganze Gruppe und mit ihr die politische Arbeit auseinander. Denn nach Abitur, Lehre oder staatlichem Zwangsdienst können viele der Verlockung doch nicht widerstehen und folgen den Lichtern der Großstadt.

DAS WUNER. Alle schlechten Erfahrungen wurden vor der Gründung von [solid] - die sozialistische jugend gemacht und sind damit heutzutage natürlich hinfällig.

DIE SCHILLERENDE WELT DER MÖGLICHKEITEN

HAMBURG, MÜNCHEN, BERLIN

– DIE SONNE SCHEINT, DAS HAAR SITZT –
POLITIK IN BERLIN UND ANDERSWO.

[Katrin Lübke]

GROSS, SCHILLERND, BUNT UND ÜBERWÄLTIGEND – DIE STADT. Ein Mangel an Events, Konzerten, Theater- oder Filmabenden, Fußballspielen etc. ist sicher nicht zu beklagen. Die Übersättigung von Angeboten ist in einer Großstadt kaum zu übertreffen.

Junge Menschen haben die Wahl zwischen HipHop-Parties, Punk-, Hardcore- oder Rockkonzerten, sie können in große oder kleinere Kinos gehen, zu Fußballspielen von fast jedem Verein oder sie gehen in eines der unendlich vielen Cafés. Die Auswahl ist riesig und die Entscheidung fällt oft nicht leicht, denn in einer Großstadt ist für jeden Geschmack etwas zu finden. Und [solid] – die sozialistische Jugend ist mitendrinnen im Großstadtgetümmel.

Hier finden sich auch immer sämtliche Typen von linken Jugendlichen wieder. Und

es gibt ebenso viele Orte, an denen man diese Leute antreffen kann. Doch gerade weil die kulturellen Unterschiede Linker in einer so großen Stadt so enorm sind, ist es schwierig, alle mit einem Punkkonzert zu begeistern.

DAS [SOLID]E BERLIN. Als Berliner Landesverband haben wir vieles ausprobiert, um die Geschmäcker der Jugendlichen zu befriedigen und um ihnen gleichzeitig konkrete Politikangebote machen zu können. Diese Gradwanderung zwischen den unterschiedlichsten kulturellen Interessen oder auch den verschiedensten Erfahrungen mit politischer Arbeit ist schwieriger als wir zunächst glaubten.

Auf dem Lande ist es zumindest dahingehend einfacher, mit einer Aktion linke Jugendliche zu erreichen, denn es ist relativ egal, welche Musik sie lieber mögen oder

ob ihnen Demonstrationen gefallen. Sie fühlen sich einfach links und gehen schließlich auch zu einer Aktion von Linken.

In Berlin haben wir uns also mit den verschiedenen Zielgruppen auseinandergesetzt. Wo treffe ich z.B. SchülerInnen? Kann ich sie nur mit Konzerten begeistern oder auch mit einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Bildungspolitik/Bildungsreform? Wie gehe ich mit Jugendlichen um, die bereits teilweise politisch aktiv sind oder waren und was könnte sie an einem Jugendverband wie [solid] interessieren? Was gibt es außer Konzerten, Demos, Informationsständen etc. noch an Aktionsformen, mit denen wir möglichst viele Menschen erreichen?

Und da wären wir auch gleich bei der verbreitetsten Aktionsform unter Linken – Die Demo.

LAUFEN FÜR EINE GUTE SACHE. Die meisten Demonstrationen finden in großen Städten statt. So auch in Berlin, getreu dem Motto: Berlin = Demostadt = Latschzwang. Ein Großteil der politischen Arbeit ließe sich dann auf Demonstrationen zurückführen. Und häufig behindert das Überangebot, eben auch an Demos, die politische Arbeit. Mensch verfällt schnell dem Irrglauben, er müsste an jeder noch so kleinen Demo teilnehmen, denn schließlich zählt das Thema einer solchen. All zu schnell findet man sich in einer Zwickmühle wieder und ist mit der Frage konfrontiert: Wer von uns wird hingehen? Aber Politik machen heißt nicht zwangsläufig, sich auf jeder Demo blicken zu lassen, nur der Öffentlichkeitsarbeit wegen.

Doch gleich welche Aktionsform gewählt wird, sollten wir nicht der Illusion verfallen, ausgerechnet in einer Großstadt all die unterschiedlichsten linken Jugendlichen damit erreichen zu können.





KEINE PROBLEME? Ein eindeutiger Vorteil ist die bessere Infrastruktur in einer Stadt, im Gegensatz zu der in den ländlichen Regionen. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht man schnell das andere Ende der Stadt und zwar zu fast jeder Tages- oder Nachtzeit.

Die meisten Leute besitzen einen Computer mit Internetzugang und wenn das mal nicht zutrifft, gehen sie in eines der unzähligen Internetcafés. Das kostet zwar in der Regel Geld, aber zumindest hat man die Möglichkeit zur Nutzung. Auch Kopierer oder Faxgeräte gibt es in jeder Poststelle. Doch eine gute Infrastruktur allein genügt nicht und auch wir bei [solid] Berlin haben für unsere Ausstattung ein Jahr lang kämpfen müssen.

WETTBEWERBSVORTEIL ODER PLEITE. In einer Großstadt kommt es mehr denn woanders darauf an, wie gut man sich durchsetzt. Man muss gegen eine Unzahl von Angeboten, das eigene Angebot so profilieren können, dass es auf dem übersättigten Markt der Möglichkeiten seine Adressaten erreicht. Wenn das geschafft ist, heißt es nur noch abwarten. Falsch! Denn die Angebote müssen so schmackhaft und leicht serviert werden, dass sich der einfache linke Jugendliche nicht sofort überfordert fühlt. Schließlich hat er die Qual der Wahl sich zu entscheiden. Und wenn etwas nicht interessant genug scheint, dann sucht er sich eben etwas anderes aus.

Man konkurriert in einer Großstadt mit Allem, was irgendwie von irgendwem angeboten wird, sei es politisch oder unpolitisch.

Stellen wir uns also dem Wettbewerb, frei nach dem *MOTTO*: „WENN MAN ETWAS NICHT VERSUCHT UND SCHEITERT, WIRD MAN NIE WISSEN, OB MAN ES GESCHAFFT HÄTTE.“
(CHARLIE BROWN)



- Anzeige -

SCHMERZ GRENZE

NAZIS MÜSSEN RAUS
AUS DEN KÖPFEN.



23 (!) Bands der Independent/Punk/Hardcore-Szene aus Neuwied und Umgebung haben mit Unterstützung der PDS Neuwied diese CD produziert. Mit diesem Projekt wenden sich die Bands und die PDS gegen den zunehmenden Rechtsextremismus unter Jugendlichen.

Von dem Verkaufspreis von 20,- DM wird mit 2,- DM ein Soliprojekt unterstützt. Der restliche Überschuss dient der Finanzierung eines Musikfestivals im Neuwieder Raum. Die CD enthält neben dem bekannten PDS Aufkleber „Nazis raus aus den Köpfen“ ein 24-seitiges Booklet, in dem sich die Musikgruppen, das Soliprojekt und die PDS vorstellen.

DIE CD UND INFOS
ERHALTET IHR BEI:

PDS NEUWIED
POSTFACH 23 40
56513 NEUWIED

ODER TELEFONISCH:
0171 / 954 23 55

SUBKULTUR AM RANDE.

Herbst 2000. Der Bremer Freimarkt lockt die unkritischen Massen wieder zum totalen Konsum. Riesenrad, Autoscooter, Brainblaster, Zuckerwatte, Schmalzkuchen und natürlich Bier begeistert die Menschen aus Stadt und Land, Alte wie Junge. Das taghell erleuchtete nebelige Dunkel des Himmels wird durchdrungen von dumpfen Dancefloorbässe, schrillum Summen und Knarren der Vergnügungsmaschinerie, auffordernden Lautsprecherrufe der „Schausteller“. Die Jünger des Spaßkapitalismus unterliegen dem Rausch der Sinne; grelle Farben und Töne. Geschwindigkeitswahn. Adrenalinkick in der Achterbahn. Freimarkt rein, Schul-, Arbeits- und Arbeitslosenalltag raus. Und noch'n Bier. - „Ischa Freimaak!“ Das Leben kann so undogmatisch und einfach sein.

Am anderen Ende der Bremer Bürgerweide, durch ein paar Bäume getrennt ragt der „Schlachthof“ in die Nacht. In dem buntemalten Backsteinbau tummeln sich junge Leute, wo sich einst die Schweine tummelten. Bis zum Tode. Bis zum Abgrund. Studiparty der Politologen, die eifrig ihr Klischee erfüllen: lange Haare, bunte Haare, Lederjacken, Gesichter mit langen Bärten und Brillen, Mädchen mit H&M-Kordblazern und Piercing in der Augenbraue. Die Nachhut der Studentenbewegung? „Aus dem Weg Kapitalisten, die letzte Schlacht gewinnen wir!“ - die Texte von Ton Steine Scherben können noch mitgesungen werden. Fröhlich jöhlt man noch zu U2's „Sunday, Bloody Sunday“ mit. Das rockt, das geht ins Bein. Voll ist die Tanzfläche, noch voller die Tanzenden, kostet „lekka Bäck“ heut' doch nur zwofuffig.

„Bloody Sunday“ mitsingen zu können bedeutet dabei zu sein, fast sogar dabei gewesen zu sein, die good old revolutionary times zu kennen. Alle gröhlen. Alkoholisierte, entpolitisierte PolitologInnen, die vergessen haben - oder nie wussten - was am 30. Januar 1972 in Derry geschah, als 14 Menschen ihren Alters von der Polizei erschossen wurden.

Ein Anfangzwanziger mit Seelenficker-T-Shirt gibt seinen Joint weiter: „Wie spät ist es eigentlich?“ Kurz nach vier, sagte die Uhr. - Und der Magazinkeller des Schlachthofs tanzt noch. Draußen, an der Fassade weht ein Anti-Castor-Transparent. Der benachbarte Freimarkt schläft längst. Dort sind die Lichter erloschen. Das Bürgertum schläft. Am Rande der Bürgerweide, am Abgrund der Nacht tanzt die Subkultur. Sie hat überlebt, doch nach dem Aufstehen droht der Kater.

[Henning Wötzel]

AM ABGRUND.

>> DER 'SCHLACHTHOF'
IN BREMEN.

GESCHLECHT UND ASYL:

VERFOLGTE FRAUEN SCHÜTZEN



[Katina Schubert | Referentin der PDS Bundestagsfraktion]

Zwischen 75 und 80 Prozent aller Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Kinder. Die meisten fliehen in Gebiete, die nahe ihrer Heimat sind. Vergleichsweise nur wenige finden den Weg in die Bundesrepublik und in die anderen Länder der Europäischen Union. Seit Jahren versuchen Flüchtlingsinitiativen und Menschenrechtsorganisationen in der Bundesrepublik durchzusetzen, dass geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund Anerkennung findet. Vergeblich. Vielmehr müssen Frauen in ihren Anhörungen beim für Asylverfahren zuständigen Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge schlimmes erleben.

Eine chinesische Frau beantragte Asyl mit der Begründung, in China drohe ihr eine Zwangssterilisierung. Sie hatte die Richtlinien zur Familienplanung missachtet und mehr als ein Kind zur Welt gebracht. Das Bundesamt wertete das Verhalten der Frau als Verstoß gegen die chinesische Ein-Kind-Politik, die drohende Zwangssterilisation mithin als Ahndung kriminellen Unrechts und lehnte den Asylantrag ab.

Schließlich müssten alle Frauen in China in solch einem Fall damit rechnen, sterilisiert zu werden. Dass Zwangssterilisation eine Menschenrechtsverletzung ist, spiel-

te für die Entscheidung keine Rolle. Langsam und zögerlich ringen sich vereinzelt Gerichte durch, einzelne Verfolgungsarten wie Vergewaltigung oder Genitalverstümmelung als Fluchtursache anzuerkennen und den Betroffenen ein Bleiberecht zuzugestehen.

Doch darauf können sie sich nicht verlassen. Flüchtlingsberaterinnen berichten von einem 16jährigen Mädchen aus Sierra Leone, das sieben Monate lang in einem Vergewaltigungslager festgehalten wurde. Seelisch und körperlich völlig zerrüttet gelang ihr die Flucht nach Deutschland. Das Mädchen wurde hier zunächst als asylberechtigter anerkannt. Doch der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten erhob Klage gegen die Anerkennung und gewann. Das Mädchen konnte nur deshalb nicht sofort abgeschoben werden, weil der Flughafen in Sierra Leone nicht geöffnet war.

Für das deutsche Asylrecht ist nicht der Verstoß gegen Menschenrechte ausschlaggebend. Im Vordergrund steht die Frage, ob die betroffenen Menschen durch staatliche oder staatsnahe Organe verfolgt werden. Findet die Verfolgung durch vermeintliche oder tatsächliche nicht-staatliche Institutionen statt, gibt es nach deutschem Recht kein Asyl. Kanada und Neu-

seeland zum Beispiel gehen anders vor. Maßstab für die rechtliche Bewertung von Verfolgung sind dort internationale Menschenrechtsabkommen wie die UN-Menschenrechtskonvention.

Die Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen, den Schutz verfolgter Frauen durch Änderung der Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz zu verbessern. Doch was sie im Juni dieses Jahres beschlossen hat, ist völlig unzureichend. Im Mittelpunkt stehen nach wie vor nicht die Verletzung elementarer Menschenrechte, sondern die möglichst effiziente Abwehr von Flüchtlingen.

Die PDS-Bundestagsfraktion hat einen Antrag zum asylrechtlichen Schutz verfolgter Frauen in den Bundestag eingereicht. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) wusste nichts Besseres dazu zu erklären, als dass solche Gesetzesänderungen „erheblichen Zuwanderungsdruck erwarten“ ließen. Mit diesem Totschlagargument haben CDU/CSU, FDP und SPD schon das Grundrecht auf Asyl bis zu Unkenntlichkeit verstümmelt. Es steht offenbar auch unter rot-grün einer Humanisierung des Flüchtlingsrechts weiter im Wege.



DIESEN ARTIKEL DRUCKEN WIR MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG DER SOZIALISTISCHEN TAGESZEITUNG NEUES DEUTSCHLAND NACH.

WARUM SIE GEHT.

ÜBER DIE URSACHEN VON FLUCHT UND MIGRATION VON FRAUEN.



[Michael Lindner]

Fluchtursachen sind auf den ersten Blick „neutral“, jedoch treffen Kriege und wirtschaftliche Krisen Frauen härter. Sie haben es schwerer, das eigene Überleben zu sichern. Es gibt jedoch auch Ursachen, die sich als frauenspezifische Fluchtursachen zeigen.

In vielen auf den ersten Blick friedlichen Ländern gibt es strukturelle Gewalt gegenüber Frauen. Es gibt Benachteiligungen bei der Essensverteilung und der Gesundheitsversorgung. So haben über 450 Millionen Frauen aufgrund einer Protein-Mangelernährung in ihrer Kindheit körperliche Schäden oder sind verkrüppelt. Außerdem haben Frauen und Mädchen einen schlechteren oder gar keinen Zugang zur schulischen Bildung. Diese Gewaltform verschlimmert sich in Ländern, in denen Kriege oder wirtschaftliche Probleme herrschen, noch einmal.

Daneben existieren in vielen Kulturen – auch außerhalb von Krisen – Formen der direkten Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen. Beispiele hierfür sind Genitalverstümmelung, Zwangssterilisation,

Zwangsabtreibung oder Tötung insbesondere weiblicher Föten und Kleinkinder und Zwangsverheiratungen. Dabei sollte nicht vergessen werden, das häufig Kinder verheiratet werden. Aufgrund zumeist schlechter hygienischer Zustände gibt es in vielen Entwicklungsländern hohe Müttersterblichkeit unter den jungen Müttern.

Zu den wohl brutalsten und menschenwürdigsten Formen der Unterdrückung gehört die Genitalverstümmelung von Mädchen.

In aller Welt gibt es ca. 150 Millionen verstümmelte Mädchen und Frauen – jedes Jahr kommen schätzungsweise zwei Millionen im Alter von 0 bis 20 Jahren hinzu. Es gibt verschiedene Formen der Verstümmelung - eine nähere Beschreibung lass ich jetzt mal weg. Meistens wird sie an Mädchen im Alter zwischen 4 und 8 Jahren vorgenommen. Häufig erfolgt diese ohne Betäubungsmittel und mit nicht sterilen Werkzeugen (Glasscherben, stumpfe Rasierklingen, Pflanzendornen). Bei der „Operation“ werden die weiblichen Genitalien abgeschnitten und die Wunde wird ver-

Die Buschtrommeln sind wohl zwischenzeitlich verstummt. Weltweit sind geschätzt 20 Millionen Menschen auf der Flucht, davon rund 80 Prozent Frauen. Die Gründe derjenigen, die flüchten, sind vielfältig und bedrückend: Hunger, Vertreibung, Naturkatastrophen, Krieg. Aber auch politische Unterdrückung und die Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsgruppe sind Gründe für Flucht aus der Heimat.



DEN ANTRAG DER PDS-BUNDESTAGSFRAKTION AUF ANERKENNUNG GESCHLECHTSSPEZIFISCHER FLUCHTURSACHEN ALS ASYLGRUND KÖNNT IHR UNTER FOLGENDER INTERNET-ADRESSE ABRUFEN:

WWW.PDS-ONLINE.DE/WELTFRAUENMARSCH/ANTRAG.PDF



Migrantinnen
Frauen auf der Flucht

DIE WANDERAUSTSTELLUNG DER PDS ZUM THEMA:

KOSTENLOS AUSLEIHBAR ÜBER:

PARTEIVORSTAND DER PDS
BUNDESFRAUENREFERENTIN
KLEINE ALEXANDERSTR. 28
10178 BERLIN

EMAIL: KARIN.THIERE@PDS-ONLINE.DE
TELEFON: 030-24009 398

geschlossen. Wer sich weigert und der Verstümmelung entzieht, wird von der Familie und der Gesellschaft verstoßen.

Die Konsequenzen für die Gesundheit können enorme Ausmaße annehmen und das körperliche und seelische Wohlbefinden erheblich beeinträchtigen. Oft werden schwere Blutungen, Infektionen und Schock ausgelöst. Die Sterberate liegt bei der schwersten Form der Verstümmelung bei 30 Prozent. Langfristig bleiben körperliche Schäden wie unter anderem Infektionen, wiederkehrende Blutungen und psychische Schäden wie Depressionen oder Psychosen.

Genitalverstümmelungen haben Konsequenzen für die Sexualität wie zum Beispiel schmerzhaften Geschlechtsverkehr, Orgasmusunfähigkeit und Frigidität. Beschnittenen Frauen muss bei jedem Sexualakt und bei jeder Geburt die Vagina wieder „geöffnet“, sprich aufgeschnitten werden. Das geschieht nur unter Schmerzen und hat immer weitergehende körperliche und seelische Folgen. Geburten verlaufen häufig mit lebensgefährlichen Komplikatio-

nen für Mutter und Kind. Ein weiterer Grund für die enorm hohe Müttersterblichkeit ist unter anderem die Folge von Verstümmelungen. Und trotzdem bestehen die meisten Frauen nach der Entbindung darauf, wieder vernäht zu werden.

Es zeigt sich, dass Genitalverstümmelung in vielen Gegenden Afrikas zu einer Kultur gehört, die von Männern geprägt wurde und heute von Frauen fortgeführt wird – so dass auch Gesetze und Verbote wenig Nutzen haben.

Die Beschneidungsriten werden in der Regel von Frauen durchgeführt. Diese weigern sich natürlich als erste, davon abzulassen, hängt doch ihre berufliche Perspektive davon ab. Es gibt zwar Projekte, die den „Beschneiderinnen“ attraktive Perspektiven aufzeigen sollen, aber davon viel zu wenige.

Zusätzlich sind Frauen und Mädchen in Krisengebieten viel schneller direkter Gewalt ausgesetzt, als männliche Zivilisten. So sind zum Beispiel Massengewaltungen ein Kriegsmittel – in Bosnien waren sie

teilweise an der Tagesordnung: Vergewaltigungen werden gezielt als Kriegswaffe gegen Frauen benutzt, um „den Feind im Bewusstsein der eigenen Soldaten zu entmenschlichen, die Moral der Gegner zu schwächen und sie zu bestrafen.“ Vergewaltigungen werden auch – wie in Bosnien Herzegowina – als „Instrument der ethnischen Säuberung eingesetzt, (...) die in der Absicht erfolgen, die Bevölkerung zu terrorisieren und ethnische Gruppen in die Flucht zu treiben.“

Im Falle einer Vergewaltigung sind die Konsequenzen für Männer und Frauen schon deshalb verschieden, weil Männern in den meisten Fällen keinerlei Verfolgung droht. Männer werden nicht von ihren Frauen fallengelassen; Männer entehren auch nicht ihre Ehepartnerin oder Ihre Familie; Männer können nicht zur Schwangerschaft gezwungen werden (klar), sie gelten auch nicht als unverheiratbar. Männern wird auch nie unterstellt, möglicherweise eingewilligt zu haben.



EXPLOSION



[Jens Prietzel]

Die demographischen Entwicklungen in den Entwicklungsländern sind seit Jahrzehnten selbstverständlicher Bestandteil politischer Diskurse über die Länder und Menschen in der sogenannten Dritten Welt. Insbesondere das Wachstum der dortigen Bevölkerungen in den Jahrzehnten nach dem Ende der offenen Kolonialherrschaft ist dabei häufig zum Ausgangspunkt für panikartige Beschreibungen gemacht worden. Selbst unter Menschen, die sich selber für emanzipatorisch-aufgeklärt oder gar politisch links halten, sind Thesen, Meinungen und Schlagwörter, wie die Rede von der „Überbevölkerung“, der „Bevölkerungsexplosion“, der „Zeitbombe Mensch“.

ANGST-BILDER. Viele dieser Bilder knüpfen dabei an rassistische Angst- und Vorurteilmuster an, in dem sie die Bevölkerungen des Südens ideologisch zu einer bedrohlichen Masse verschmelzen lassen und sie auf diese Weise entmenschlichen. Es wird eine regelrechte Bedrohungskulisse konstruiert, die nicht zuletzt als Rechtfertigung für eine Abschottungspolitik hinter den neuen Mauern einer „Festung Europa“ herhalten soll. In angstmachenden Kino-Spots wird das Bevölkerungswachstum pro Sekunde, pro Minute, pro Tag oder pro Jahr heruntergerechnet, um eine vermeintliche „Brisanz“ dieser Entwicklung zu suggerieren. In Verbindung mit Bildern hungernder afrikanischer Kinder wird dann schnell noch die zynische Behauptung transportiert, die Armut in den Entwicklungsländern sei vor allem das Resultat ihrer „Überbevölkerung“, und nicht etwa ungerechter ökonomischer, sozialer und politischer Verhältnisse.

ZU VIELE ARME. Die Botschaft ist klar und leicht verdaulich: Armut ist nicht das Resultat eines ungleichen Zugangs zu vorhandenen materiellen Ressourcen und politischer Steuerungs- und Entscheidungsgewalt, sondern schlicht von *zu vielen armen* Menschen. Deshalb müssen auch nicht die realen Lebensbedingungen dieser Menschen und ihre Einbindung in das ungerechte Weltwirtschaftssystem thematisiert und verändert, sondern nur ihre Fortpflanzung kontrolliert und möglichst verhindert werden. Ähnlich wie es Malthus im hereinbrechenden 19. Jahrhundert für das englische Elendsproletariat empfahl, wird auch im heutigen Diskurs der „Bevölkerungsexplosion“ aus dem angeblichen Anliegen der *Armutsbekämpfung*, die Notwendigkeit einer *Armenreduzierung* abgeleitet. Auf diese Weise läßt sich übrigens so gut wie jedes reale oder vermeintliche Problem erklären und zugleich „lösen“: Wer die *Ursachen* von Problemen wie Armut und Elend nicht bekämpfen und beseitigen *will*, der bekämpft und beseitigt eben lieber deren leibhaftige *Symptome*, in unserem Fall also die Armen im Süden. Die Methoden: „anti-natalistische Bevölkerungspolitik“ und Abschottung hinter den Mauern der Festung Europa.

DIE ÖKOLOGISCHE WENDUNG DES THEMAS. Und längst ist der bevölkerungspolitische Diskurs im Norden über die reine Angst vor einer großen „Asylantenwelle“ hinausgegangen: Wie selbstverständlich wird seit geraumer Zeit von Umweltorganisationen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen die Behauptung aufgestellt, das Bevölkerungswachstum in den Ländern auf der südlichen Halbkugel bedrohe die ökologischen Grundlagen der Erde. Besonders im Rahmen der Debatten um eine „nachhaltige Entwicklung“ ist diese Behauptung zum Allgemeingut weiter Teile der ökologischen und entwicklungspolitischen Bewegung geworden. Insbesondere Themen wie Ressourcenverbrauch, Emissionserzeugung (z.B. CO₂) und lokale Umweltzerstörung mit überregionalen und globalen Folgewirkungen werden dabei in einen Problemzusammenhang mit den demographischen Entwicklungen in vielen Entwicklungsländern gebracht.

REALE GLOBALE VERHÄLTNISSE. Betrachtet man allerdings die realen Verhältnisse im Ressourcenverbrauch und bei den vom Menschen erzeugten (anthropogenen) Emissionen, so fällt sofort ein enormes Ungleichgewicht zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden ins Auge: Während die Industriestaaten (IS), denen 22 Prozent der Weltbevölkerung entsprechen, rund 75 Prozent des Energieverbrauchs auf sich ziehen, entfallen auf die Entwicklungsländer (EL) mit 78 Prozent der Weltbevölkerung lediglich ein Viertel des gesamten Energieverbrauchs. Dasselbe oder ein ähnliches Verhältnis weisen auch die Statistiken für Sämtliche Treibhausgase (IS: 75 Prozent, EL: 25 Prozent), für den Ölverbrauch (IS: 70 Prozent, EL: 30 Prozent), für den FCKW-Ausstoß (IS: 95 Prozent, EL: 5 Prozent) aber auch für den Wasserverbrauch aus. Von den 22,7 Mrd. t an jährlichen, anthropogenen CO₂-Emissionen entfallen rund 68 Prozent auf die Industriestaaten, und lediglich 32 Prozent auf die Entwicklungsländer, letztere wohlgermerkt bei einem Anteil von vier Fünfteln der gesamten Weltbevölkerung.

RASSISTISCHE PROBLEMBEWÄLTIGUNG. Hinter den scheinheiligen Warnungen vor der „Überbevölkerung“ im Süden verbirgt sich deshalb auch nur das herrschende Interesse im Norden, diese Verteilungsverhältnisse so zu belassen, wie sie sind. Gerade weil die Umweltpolitik hierzulande kaum über den rethorischen Anspruch, die technokratische Innovationsgläubigkeit („3-Liter-Auto“) und halbherzige Korrekturen in den politischen Steuerungssystemen („Ökosteuer“) hinauskommt, wird aus ihm zugleich ein moralischer Maßstab und politischer Zwang für die Entwicklungsländer abgeleitet. Dazu werden die Produktions- und Konsummuster des Nordens als verbindliche Normen für eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Süden betrachtet, und nicht als zentrale ökologische



ÖKOLOGISCHER RASSISMUS: HERRSCHAFTSSICHERUNG DES NORDENS ÜBER DEN SÜDEN.



Problemursachen radikal in Frage gestellt, geschweige denn verändert. Im Zuge der allseits propagierten Standortkonkurrenz ist, trotz aller bedenkenschweren Sonntagsreden, eher das Gegenteil zu erwarten.

Problematisiert wird dagegen der zwangsläufig zunehmende Ressourcen- und Energiebedarf, der sich aus einer möglichen Entwicklung des Südens ergeben dürfte. Durch eine einfache rechnerische Übertragung des „normalen“ Pro-Kopf-Verbrauchs im Norden auf den Süden wird dann die drohende Klimakatastrophe beschworen, die nur durch eine Reduzierung der dort lebenden Menschen, oder aber eben durch einen Verzicht auf jegliche Entwicklungsperspektive im Süden verhindert werden könne. Unter praktischer Einbeziehung der häufig autoritär agierenden Eliten des Südens sichert die weiße Weltminderheit so ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft über den armen Rest der Welt ideologisch ab: Ökologischer Rassismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

PRAKTISCHE FOLGEN. Nun könnte man diese verzerrte Problemwahrnehmung und „-bewältigung“ als nur „dämlich“ belächeln, wenn sie politisch folgenlos bliebe. Aber dem ist keineswegs so. Seit Jahrzehnten arbeiten nationale und internationale Organisationen und Institutionen (Weltbank, UNO-Organisationen, Außenministerien, Entwicklungshilfeorganisationen und -programme etc.) mit sehr viel Geld ausgestattet an dem „Problem Überbevölkerung“.

Mit der Ökologisierung des bevölkerungspolitischen Diskurses hat sich zudem der Blickwinkel deutlich verändert. In einem bemerkenswertem Buch formulierte Christa Wichterich die Konsequenzen dieser neuen Problemwahrnehmung im reichen Norden treffend: „Wo die Menschen im Süden durch ihre Vermehrung angeblich ihre eigene 'Unter'entwicklung verursachen, schaden sie nur sich selbst. Wo sie jedoch angeblich das ökologische Gleichgewicht stören, da schaden sie auch uns. Die Fruchtbarkeit der Frau im Süden erscheint als Verantwortungslosigkeit der Weltgemeinschaft gegenüber, der Süden als Gefahr für den ganzen Planeten. Entsprechend wird Bevölkerungskontrolle zum Instrument eines globalen Umweltschutzes deklariert.“⁽¹⁾ Eine bessere ideologische Basis für ökologisch motivierte Gefahreneindämmungspolitik, zum Beispiel durch militärische Interventionen mit sogenannten Grünhelmen kann man sich kaum vorstellen.

(1) Christa Wichterich: Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd. Göttingen 1994.

ES WIRD ERDEGHT

Heute genügt es einfach einen Schalter umzulegen, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Doch nicht nur für Licht brauchen wir in aller Regel Energie. Das Leben in den heutigen Industriegesellschaften ist ohne Strom nicht denkbar. Von Strom wird unsere Waschmaschine, der Radiowecker, der CD-Spieler, der Fernseher, das Telefon und natürlich auch der PC gespeist.

Etwa zweihunderttausend Gigawattstunden werden davon monatlich in der EU produziert. Das entspricht etwa der Menge, die 2 Milliarden 100-WATT- Glühbirnen in einer Stunde benötigen. Seit der Liberalisierung des Strommarktes dürfen wir in Deutschland sogar die Farbe des uns angelieferten Stroms bestimmen.

Von Rot über Gelb bis hin zu Grünem Strom reicht die modische Angebotspalette. So weit, so gut wird sich die Leserin/der Leser hier denken, nur leider hat die Sache einen Haken: Strom ist bisher noch nicht vom Himmel gefallen, sondern muß irgendwie erzeugt werden.

Zur Zeit werden in Deutschland etwa 30 Prozent des Stroms mit Kernenergie gewonnen, etwa 65 Prozent mit fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas etc) und etwa 5 Prozent mit regenerativen Energieträgern (Wasser, Wind etc.) An dieser Aufteilung wird deutlich, dass die Idee einer nachhaltigen Energieerzeugung eine enorme Herausforderung für die Industriestaaten darstellt und tiefgreifender Änderungen bedarf.

ATOMKRAFT

Eine Möglichkeit, Strom zu erzeugen, ist die sogenannte Atomkraft. Unbestritten ist, dass dabei neben Hitze auch große Mengen radioaktiver Strahlung und radioaktivem Müll entstehen. Dass die Sache nicht ganz ungefährlich ist, da es sich um eine Kettenreaktion handelt, ist auch klar. Deswegen war und ist die Atomkraft auch immer wieder Gegenstand politischer Aus-

einandersetzungen und beeindruckender Massendemonstrationen.

Mit dem sogenannten Atomkonsens will die Bundesregierung eben jene politische Auseinandersetzung dämpfen. Problem ist leider nur, dass der Zeitpunkt, zu dem kein Strom mehr mit Atomkraft gewonnen wird, in so weiter Ferne liegt, dass ihn viele Atomkraftgegner und wahrscheinlich auch unser Bundeskanzler gar nicht mehr erleben werden.

Formal sind 35 Jahre Restlaufzeit für jedes AKW angesetzt. Da die Kraftwerksbetreiber diese jedoch zwischen den AKW's hin- und herschieben können und dies auch tun, kann man ruhig noch einige Jahre dranhängen. Genug Zeit also, die ganze Sache von einer späteren Regierung wieder rückgängig machen zu lassen. Defacto sichert der Atomkonsens den Kraftwerksbetreibern den Weiterbetrieb der AKWs. Die Bundesregierung verpflichtet sich nämlich, Möglichkeiten zur Entsorgung des zwangsläufig entstehenden Atom- mülls bereitzustellen.

Das heißt, Atom- müll, der ein paar tausend Jahre lang gefährlich hohe radioaktive Strahlung von sich gibt, wird wieder mal irgendwo ‚zwischen- gelagert‘ und dort zukünftigen Generationen, sozusagen als Gratis-Erbe, hinterlassen. Wer ernsthaft glaubt, mit Atomkraft ließe sich in verantwortungsvoller Weise der Klima-Kollaps verhindern, der ist entweder in der CDU oder unheimlich blöde.

FOSSILE ENERGIETRÄGER

Kohle, Gas und Öl stellen die fossilen Energieträger dar. Der größte Anteil des Stroms wird durch diese gewonnen. Bei einem Ausstieg aus der Atomenergie steigt der Anteil der fossilen Energieträger an der Energieerzeugung.

Leider gibt es auch mit dieser Form der Stromerzeugung Probleme. Beim Ver-

brauch fossiler Energieträger wird auf Stoffe zurückgegriffen, die vor Millionen von Jahren in der Natur produziert wurden und nun in den oberen Schichten der Erdkruste schlummern. Diese Vorräte sind begrenzt. Irgendwann in den nächsten Jahrzehnten werden sie nicht mehr zur Verfügung stehen.

Viel größer jedoch ist ein anderes Problem: Bei der Verbrennung entsteht Kohlendioxid, was zur Erwärmung des Erdklimas führt. Inzwischen gehen die Wissenschaftler davon aus, dass die gegenwärtige Veränderung des Erdklimas nicht auf natürliche Schwankungen zurückzuführen ist. Die möglichen Folgen dieser Klimaänderung sind allgemein bekannt: Zunahme von Dürre-, Sturm- und Flutkatastrophen etc.

Da dies nicht gerade von einem zukunftsorientierten und verantwortungsvollen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen zeugt, sollte hier Abhilfe geschaffen werden. Dazu gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten, die meines Erachtens alle parallel angewandt werden sollten: Erstens die Erhöhung der Energie, die aus einer bestimmten Menge Kohle/Öl/Gas gewonnen wird. Dies geschieht z.B. durch die Kraft-Wärme Kopplung. Zweitens die Verringerung des Stromverbrauchs. Hier besteht durchaus ein Potenzial von schätzungsweise 30 bis 50 Prozent Einsparungen. Und drittens die verstärkte Nutzung regenerativer Energien.

REGENERATIVE ENERGIEN

Wasserkraft, Wind- und Sonnenenergie sind die regenerativen Energiequellen. Die Möglichkeiten der Nutzung sind beim heutigen Stand der Technik begrenzt. Es gibt z.B. Bereiche in Norddeutschland, die von Windkraftanlagen so zugepflastert sind, dass man kaum die Landschaft sieht. Trotzdem liegt der Anteil der Windkraft an der Gesamtenergieerzeugung bei unter 2 Prozent.

Desweiteren funktionieren regenerative Energiequellen im Unterschied zu Kraftwerken nicht auf Knopfdruck. Das heißt, Energie ist genau dann nicht da, wenn man sie benötigt - und umgekehrt.

Nach aktuellem Stand der Technik gibt es keine Möglichkeit diese Energie ohne große Verluste zwischenzuspeichern. Bis wir also Energie nur noch aus regenerativen Quellen beziehen können, wird es noch eine ganze Weile dauern.

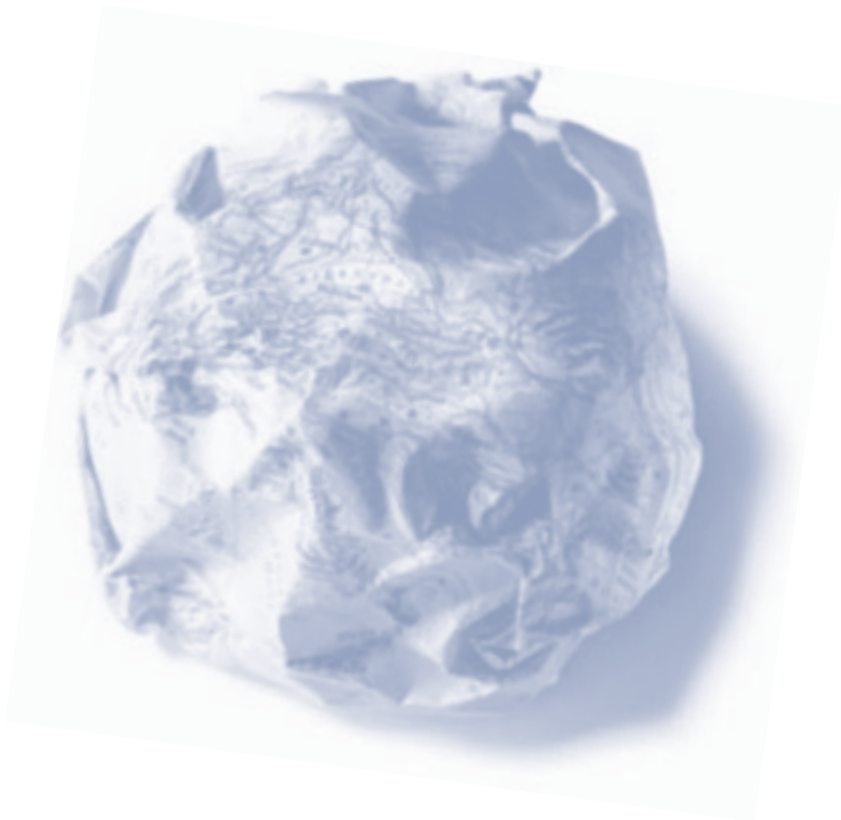
SOZIAL-ÖKOLOGISCHER WANDEL

Die hier dargestellten Realisierungsprobleme beim Umbau der Energieversorgung stellen in eine enorme Herausforderung dar. Sie wären jedoch alle über kurz

oder lang lösbar. Zur Zeit wird dieser aber nicht als gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Notwendigkeit verstanden. Einen Umbau zu erstreiten und zur Lösung der Probleme beizutragen muss Aufgabe der Politik sein. Den Schwerpunkt sollten dabei folgende Aspekte bilden:

Eine Ökosteuer, die diese Bezeichnung auch verdient stellt eine gute Möglichkeit zur Verringerung des Energieverbrauchs dar.

Je teurer Energie ist, desto weniger wird verbraucht. Ziel kann dabei nicht sein, die Rentenbeiträge zu stützen, sondern eine Verringerung des Verbrauchs. Auch müssen hier natürlich soziale Aspekte berücksichtigt werden: da eine Ökosteuer nichts



anderes als eine Erhöhung der Verbrauchssteuern ist, trifft diese zuallererst jene, die den größten Anteil ihres Einkommens für Verbrauch ausgeben und das sind die einkommensschwachen Teile der Gesellschaft. Hier müssen intelligente, soziale Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden.

Wichtig ist auch ein wirklicher Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie. Dieser kann per Gesetz festgeschrieben werden, auch so, dass dabei keine Schadensersatzforderungen erfüllt werden müssen. Fünf Jahre stellen dabei meines Erachtens einen realistischen Ausstiegszeitraum dar.

Desweiteren brauchen wir die Rücknahme der Energiemarktliberalisierung und eine Neuordnung der Stromversorgung. Durch die Liberalisierung können besonders engagierte und finanzkräftige Grünen-Wähler zwar jetzt Öko-Strom ordern, eine gesamtgesellschaftliche Lösung des Problems stellt dies jedoch nicht dar. Die Stromversorgung ist nach dem Grundgesetz kommunale Aufgabe und sollte daher den Kommunen obliegen. Dabei sind einheitliche gesetzliche Regelungen zu schaffen, die zu einer Förderung effizienter (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung) und regenerativer Formen der Stromgewinnung führen. Dies geht einher mit einer Dezentralisierung der Stromversorgung. Auch die Überführung der Stromleitungsanlagen in Gemeineigentum ist dabei sinnvoll. Die Liberalisierung, die zur Vermarktung vermeintlich billigen Atomstroms führt, ist zurückzunehmen.



UMWELT UND MARKT- WIRTSCHAFT



[Tilmann Ziegenhain]



Anfang des neuen Jahrtausends sehen wir uns weiterhin mit Umweltproblemen konfrontiert, die zwar seit Jahrzehnten bekannt sind, die aber noch immer nicht gelöst wurden. Das Ozonloch wächst, die CO₂-Emissionen der Industrienationen haben immer noch ein Ausmaß, dass über das Verständnis eines Normalbürgers weit hinausragt. Es sind nicht die Entwicklungsländer, die für die Problem der Menschheit verantwortlich sind, sondern die Länder der Nordhalbkugel, die 81% der erzeugten Energie der Erde verbrauchen, obwohl sie nur 25% der Weltbevölkerung ausmachen. Der Ausstieg aus Risikotechnologien, wie der Atomenergie, muss hier erst gar nicht erwähnt werden, denn er wirft erhebliche Zweifel auf.

DER PREIS MUSS DIE KOSTEN ANZEIGEN. Aus der Konkurrenz unter den Unternehmen folgt das Bestreben derselben, ihre Waren möglichst billig zu produzieren. Einerseits äußert sich dies in ihrem Drang, die Löhne bis zu den reinen Erhaltungskosten der Arbeitnehmer zu senken, aber andererseits eben auch die Rohstoffe ihrer Produkte möglichst billig zu erhalten. Da „Mutter Natur“ nicht verhandeln kann, erhalten die Unternehmer die Leistungen zum Nulltarif. Die Preise für immer knapper werdende Rohstoffe müssen endlich ihre Knappheit widerspiegeln, also marktkonform gehandelt werden. Was sonst passiert ist einleuchtend. Es findet eine Marktverzerrung statt. Die Ressourcen schrumpfen und wenn keine mehr vorhanden sind, gibt es auch keine relevanten Alternativen seitens der Forschung. Wir müssen uns also dafür einsetzen, das einerseits durch Auflagen, die ein absolutes und umweltverträgliches Maximum an Emissionen etc. definieren, und andererseits, dass durch Abgaben, die durch Steuererhebung des Staates kassiert werden, der Verbrauch zurückgeht, und dadurch

zusätzlich auch Geld für die Forschung nach alternativen Energiequellen sowie umweltverträglicheren Produktionsweisen bereitgestellt werden kann.

GESUNDHEITSGEFÄHRDUNG. Wie der Kapitalismus die Ausbeutung der Arbeitskraft vertuscht, indem die Mehrarbeitszeit ungewiss bleibt, so versucht er auch eine größtmögliche Kostenumwälzung der durch die Produktion verursachten Umweltschäden. Die durch gesundheitsschädigende Produktion hervorgerufenen „defensiven“ Gesundheitsausgaben beliefen sich laut Berechnung von Experten bereits 1988 auf 196,3 Milliarden DM, was ca. 11,6% des damaligen Bruttosozialprodukts waren. Obwohl wir alle laut unserem Grundgesetz (Art.2, Abs. 2), das Recht auf körperliche Unversehrtheit haben, muss die Mehrheit der Bevölkerung unter den Gesundheitsschäden, die direkt oder indirekt durch die Industrie verursacht werden, leiden. Außerdem sind in diesen Kosten selbstverständlich noch nicht die psychischen Schäden enthalten, die sich materiell nicht bemessen lassen.

ÖKOLOGIE ALS MARKTPRINZIP. Was für Unternehmen rational ist, nämlich die Kosten für die Bekämpfung der Umweltzerstörung von sich abzuwenden, ist für die Gesamtgesellschaft irrational, die sich mit den angehäuften Umweltschäden konfrontiert sieht. Die Preise für Benzin würden sich heute bereits auf ein Vielfaches belaufen, wenn Kosten, wie die der Straßenabnutzung, der Luftverschmutzung, sowie der Verkehrsunfälle in ihnen reflektiert würden und nicht versteckt und zer-



stückelt hier und da auftauchen würden. Die Politik muss hier eingreifen und sich die Vorteile der Marktgesetze zu Nutze machen, denn wenn Normen und Abgaben aufgestellt werden, kann die freie Konkurrenz zum Nutzen der Mehrheit werden. Unternehmen würden sich so zum Beispiel gegenseitig bei der Herstellung von Kraftfahrzeugen mit immer verbrauchsärmeren Modellen unterbieten. Man sieht also, dass das Profitstreben des Einzelnen zum kollektiven Nutzen werden kann. Der Markt sucht sich immer den billigsten Weg, wie dieser allerdings aussieht, kann und muss die Politik definieren, um ihn zu einem Weg zu machen, der zu einem für die Mehrheit positivem Ziel führt. Außerdem würde eine Verteuerung der fossilen Brennstoffe auch mehr Arbeitsplätze schaffen, weil dadurch die Wegwerfproduktion zugunsten einer auf Recycling und Wartung ausgerichteten Produktionsweise zurückgedrängt werden könnte. Letztere ist wesentlich arbeitsintensiver und eröffnet dadurch auch neue Beschäftigungsperspektiven.

LEBENSQUALITÄT STATT LEBENSSTANDARD. Nicht zuletzt muss sich natürlich auch das Bewusstsein der Bevölkerung gegenüber unserer Umwelt ändern. So kann zum Beispiel durch materielle Abstriche ein immaterieller Gewinn erzielt werden. Es muss zu einem Ideal des Lebensstandard werden, wenn man in einem See schwimmen kann, ohne Angst, seine Gesundheit zu gefährden, oder einem dreiäugigem Fisch zu begegnen, nicht aber „mobil“ zu sein, und täglich einige Stunden im Stau zu stehen. Egal aus welcher Motivation heraus Umweltschutz praktiziert wird, ob nun aus der Überzeugung heraus, Gottes Schöpfung solle bewahrt werden, oder nur aus reinem „Egoismus“: Klar ist, dass eine Wirtschaft, die sich den Boden unter den Füßen wegproduziert, keine Zukunft haben kann.

SEX, DRUGS AND ROCK'N'ROLL!

[Patrice Florentin]

ODER, WIE SICH HIPPIES DEM SYSTEM ANPASSEN ...

Oft stoße ich bei linkspolitischen Aktionen auf eine bestimmte Gruppe von Menschen, die mich von der Kleidung her sehr an die Hippies der 60er Jahre erinnern. Für einen kurzen Moment sehe ich die vergilbten Fotos aus der Jugend meiner Eltern vor mir, habe den Eindruck, noch einmal die nach 30 Jahren ausgetrocknete FLOWER-POWER zu spüren. Solche Menschen wirken auf den ersten Blick sehr interessant und da ich sie ständig auf Demos, Events und Konzerten sehe, komme ich sehr leicht mit ihnen ins Gespräch.

Man spricht über die heutigen Verhältnisse, nennt das Problem Kapitalismus beim Namen und wie man Alternativen aufzeigen kann. Man reiht sich in die Demonstration ein, gemeinsam versteht sich, und als ich die rote Fahne schwenke, werde ich auf mein politisches Engagement angesprochen. Was folgt, sind Fragen, die einen Disput zur Folge haben und mich stutzig machen. „Du bist bei der PDS und bei [solid]? Warum?“

Ich versuche, meinen Standpunkt so gut es geht zu vertreten, erzähle, worin die Notwendigkeit linker Politik heutzutage liegt und stelle damit automatisch die Weiche auf mein Abstellgleis um.

„Wählen gehen ist doch Scheiße...wird sich ja sowieso nichts dran ändern!“ oder „Schade eigentlich, dass die PDS die einzig linke Partei ist, die man heutzutage noch wählen kann!“ Der langhaarige vollbärtige Junge in der Schlaghose und dem gebatiktem T-Shirt verwirrt mich ein bisschen. „Du musst die Gesellschaft in der Gesellschaft verändern“, sagt er. „Du brauchst keine treibende Kraft wie eine Partei oder einen sozialistischen Jugendverband. Wenn Du mit den Leuten redest, auf sie zugehst, sie verbal überzeugst, werden sie es schon begreifen!“

Jetzt erst bemerke ich die Naivität des jungen Mannes, der eine gewisse äußerliche Ähnlichkeit mit John Lennon hat. Kurz darauf begreife ich, worum es geht und mir fällt ein Zitat aus der Kommune 1 der 68er-Bewegung ein: „Was interessiert mich der Vietnam-Krieg, ich habe Orgasmuschwierigkeiten!“

Ich habe mich schon sehr oft solchen Gesprächen mit linksorientierten Jugendlichen gestellt und musste immer wieder feststellen, dass mein politisches Engagement bei [solid] heftigst kritisiert, belä-

chelt oder gar ganz in Frage gestellt wurde. Das stört mich eigentlich nicht. Vielmehr stört es mich, dass gerade diese „Neuzeit-Hippies“, wie ich sie bezeichnen möchte, da sie (ihrer Meinung nach) den Idealen und Zielen der amerikanischen Hippie-Bewegung der 60er und 70er Jahre hinterherjagen, sich zwar einerseits gesellschaftskritisch äußern in Form von Friedensprotesten und Anti-AKW-Demos, letzten Endes aber doch in ihrem stillen Kämmerchen verborgen bleiben, sich nicht engagieren. Es ist der krampfhafte Versuch, eine Bewegung, nämlich die ihrer Eltern, wiederzubeleben, um damit die Schranken, die sie an ihrem Freiraum hindern, zu durchbrechen. Dabei haben sie vielleicht selbst vergessen, in welcher Situation ihre Eltern früher steckten und in welcher jetzt. Oft kommen solche Hippie-Jugendlichen nämlich selbst aus einem bürgerlichem Hause, in dem der Gedanke für die nachhaltige Veränderung der Gesellschaft mittlerweile in Fotoalben oder in Erinnerungen verborgen bleibt, eingedeckt unter 30 Jahre alten Staub.

„Wir wollen anders werden als unsere Eltern, die morgens aus dem Haus gehen und abends nach Feierabend stundenlang vor der Glotze sitzen!“ heißt es dann. Doch die entscheidende Frage ist doch, worin sie sich unterscheiden, als nur von der Kleidung, die schon ihre Eltern vor 30 Jahren getragen haben?

Eine klare Antwort auf diese Frage zu finden ist gar nicht mal so leicht, da es primär nicht um linke Politik, sondern vielmehr um das Anderssein, den Spaß am Leben und das Herausragen aus der grauen Masse geht. Das ist ein Ansatz, vielleicht auch schon ein Schritt in die richtige Richtung, wenn sie dann noch zugeben, die Ideen und Ziele Rudi Dutschkes gut zu finden. Doch den Motor in Gang zu bringen, sich selbst zu engagieren, gelingt ihnen nicht, da sie zu sehr auf ihren alternativen Lebensstil versteift sind.

„Sex, Drugs And Rock'n'Roll“ oder „Love, Peace And Harmony“ lautet ihre Devise anstatt „Mitmachen, selber machen“! Im Prinzip sehen sich gerade diese Hippies als alternative Jugend-Bewegung, die die Gesellschaft von innen heraus verändern möchte, ohne auf die Stütze linker Organisationen wie z.B. [solid] zurückzugreifen.

So wird eine Bewegung zur Mode, Jim Morrison zum Idol, Bekifftsein zum Alltag

und das Desinteresse an Politik zur Gefahr, sich zwar einerseits „alternativ“ zu schimpfen, im Prinzip aber gar nicht alternativ zu sein! Ich kenne viele Menschen, die sich so geben, die viel eher zur Gitarre und zum Joint greifen, als zum Flyer für die nächste Antifa-Demo. Die selbst eingesehen haben, dass sich ihre Eltern im Laufe der Jahre angepasst haben, Teil des Systems geworden sind, gegen das sie vor 32 Jahren selbst noch rebelliert haben. Doch man beharrt trotz alledem auf den „revolutionären“ Ansatz, durch Reden und Kiffen würde ein Großteil der Bevölkerung schon merken, dass Alternativen notwendig sind. Vielleicht durch die bewusstenverändernde Wirkung von Cannabis, wer weiß?!

Und so zitieren sie weiterhin lauthals Rio Reiser bzw. Ton Stein Scherbens „Der Traum ist aus!“, in dem es heißt: „[...] aber ich werde ALLES geben, dass er Wirklichkeit wird [...]!“ Was sie letzten Endes jedoch selbst geben wollen, wissen sie nicht so ganz genau. Selbst der langhaarige Junge, den ich auf der Demo traf, hat auf diese Frage keine konkrete Antwort. Aber wie auch als Teil einer Jugend der Orientierungslosigkeit???



>> Create Your Own Hippie-Identity

PRO & CONTRA ZUM NPD-VERBOT

Die Diskussion um das NPD-Verbot hat sich in den vergangenen Monaten weiter zugespitzt, die Bundesregierung hat inzwischen beschlossen, einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Der Bundesrat hat diese Initiative der Bundesregierung unterstützt, berät aber momentan noch, ob er einen eigenen Verbotsantrag beschließen sollte. Der Bundestag hat bereits signalisiert, dass er zwar die Bundesregierung in ihrem Grundanliegen unterstützt, aber keinen eigenen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht stellen wird.

Umstritten war und ist der Verbotsantrag vorne herein in allen politischen Lagern und Parteien gewesen. Auch im besten sozialistischen Jugendverband der Welt gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Sinnhaftigkeit eines NPD-Verbotes. Um Euch etwas mit den Hintergründen des Pro und Contra vertraut zu machen, haben wir uns zu diesem Streitgespräch mit Halina Wawzyniak (Landesverband Berlin) und Lars Thiede (Landesverband Niedersachsen, Bundessprecher) entschlossen.

DIE WARE.: *Wie positioniert ihr euch in der Diskussion um das NPD-Verbot?*

Halina: Ein NPD-Verbot ist eine Scheinlösung. Das NPD-Verbot löst nämlich kein Problem. Die NPD ist die Spitze des Eisberges. Der dominanten rechten Alltagskultur unter Jugendlichen wird damit nicht begegnet. In den 90er Jahren sind bereits rechtsextreme Vereinigungen -wohlgemerkt nicht Parteien- verboten worden. Das Ergebniss muss ernüchtern.

Lars: Trotz aller Zweifel und sicher auch sehr stichhaltiger Gegenargumente halte ich es aus verschiedenen Gründen dennoch für sinnvoll, die NPD zu verbieten. Einer dieser Gründe ist, dass es ihr dann nicht mehr möglich wäre, öffentliche Aufmärsche legal anzumelden und/oder durchzuführen. Auch das Argument: „...läßt sie doch marschieren und protestiert nicht dagegen, sie sind doch nicht verboten...“, das von bürgerlicher Seite oft angeführt wird, fiele dann weg. Ein anderer Grund ist, daß die größtmögliche Behinderung aller faschistischen und rassistischen Strukturen und deren Mitgliedern, ein gemeinsames Anliegen innerhalb dieser Gesellschaft sein sollte. Hier wäre das NPD-Verbot ein erster Anfang. Genauso, wie es ein Zeichen für die Ächtung dieser Meinungen wäre.

DIE WARE.: *Was würde - auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den Verboten rechtsradikaler Gruppierungen (z.B. Wiking-Jugend, Nationalistische Front, FAP etc.) in den frühen 1990er Jahren - Eurer Meinung nach im Falle eines NPD-Verbot passieren?*

Halina: Zunächst ist noch gar nicht klar, ob die Verfassungswidrigkeit der NPD überhaupt festgestellt wird. Möglicherweise wird dies nur möglich sein, wenn die Rechtsprechung zu Parteienverboten des Bundesverfassungsgerichtes aufgeweicht wird. Dies wäre aber rechtspolitisch verheerend. Es gibt nicht umsonst strenge Kriterien, eben weil das Parteienprivileg konstituierend für die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung ist.

Die Mitglieder der damals verbotenen Vereinigungen haben sich in anderen Organisationen neu organisiert. Auf das Verbot dieser rechtsextremen Vereinigungen wurde ausgesprochen flexibel reagiert. Die Gelder fließen jetzt in andere Organisationen, die Rechtsextremen sind „schlagkräftiger“ geworden und sie sind nicht von der politischen Bildfläche verschwunden. Sollte die NPD verboten werden, was aber mindestens zwei Jahre dauern würde, wird das Geld in andere Parteien transferiert worden sein. Die Mitglieder werden in anderen Organisationen aktiv sein.

Lars: Es würde sich beim Verbot der NPD um das erste Parteienverbot seit den 50er Jahren (damals wurde die rechte Sozialistische Reichspartei und die linke Kommunistische Partei Deutschlands verboten) in der Geschichte der BRD handeln. Die Auswirkungen lassen sich also anhand von Beispielen eher schlecht abschätzen. Die Tragweite des NPD-Verbots wäre allerdings viel größer, als dieses z.B. bei der rechtsradikalen FAP der Fall gewesen ist. Zum einen, weil die NPD leider eine viel größere Bedeutung besitzt und die Verbotsdiskussion in viel stärkerem

Maßstab in den Medien wiedergegeben wird. Zum anderen, weil es sich eben zum ersten Mal in den letzten 44 Jahren um ein „wirkliches“ Parteienverbot handelt.

Ich hoffe, daß nach einem NPD-Verbot vor allem nicht zur Tagesordnung zurückgekehrt wird, frei nach dem Motto: „Nun haben wir es ja geschafft, das Problem Rechtsextremismus ist erledigt“. Außerdem hoffe ich, dass der rechtsextremen Szene die NPD als Sammelpunkt, Geldquelle (Wahlkampfkostenerstattung!) und Aushängeschild fehlen wird. Vor allem halte ich aber das Signal, das von diesem Verbot ausgehen würde, für positiv. Faschismus und Rassismus sind eben gerade keine politischen Überzeugungen, die man halt mal so teilt oder eben nicht, sondern sind menschenverachtend und verbrecherisch. Und Organisationen und/oder Parteien, die diese verbreiten, müssen verboten werden.

DIE WARE.: *Was haltet Ihr von dem Einwand, dass im Falle eines Parteienverbotes, die Aktivitäten von NPD-Mitgliedern zukünftig weitaus schlechter zu „kontrollieren“ wären?*

Halina: Ob die Rechten danach besser oder schlechter kontrolliert werden können, soweit es sich auf staatliche Kontrolle bezieht, ist irrelevant. Die beste „Kontrolle“ ist eine starke Zivilgesellschaft, Engagement einer und eines jeden. Nicht Kontrolle ist das entscheidende, sondern Gegenwehr. Dafür sind wir alle gefragt, nicht staatliche Institutionen.

Lars: Vorschläge für eine effiziente Kontrolle von Rechtsextremisten zu machen, ohne dabei den Überwachungsstaat zu propagieren, ist generell schwer. Egal, ob es sich um NPD-Mitglieder, vor oder nach einem Verbot handelt. Illegale und konspirative Strukturen besitzt die rechte Szene schon heute, so dass sich durch ein Parteienverbot in diesem Punkt leider nicht viel ändern würde. Ein Parteienverbot kann und soll eben kein Allheilmittel, sondern nur eines unter vielen sein.

DIE WARE.: *Inwiefern kann staatliche Repression überhaupt ein politischer Ansatz für Linke sein? Besteht hier nicht die Gefahr, dass über diesen Weg generell Freiheits- und Grundrechte dauerhafte eingeschränkt werden könnten?*

Halina: In der ganzen Diskussion um eine NPD-Verbot geht es auch um einen Angriff auf Grund- und Freiheitsrechte. Wird es zu einem Aufweichen der Kriterien für ein Parteienverbot kommen, ist damit politischer Willkür Tür und Tor geöffnet. In einer Situation, in der alle (oder die Mehrheit) einem Verbot der NPD positiv gegenüberstehen, wird der Weg zum Abbau von Grund- und Freiheitsrechten geebnet. Was jetzt als Aktion gegen Rechts daherkommt,

kann sich sehr schnell gegen Links wenden. Es muss der Linken darum gehen, Recht nicht nach politischen Opportunitäten anzuwenden, sondern sich aktiv für die Beibehaltung der Essentials einer Demokratie einzusetzen.

Lars: Natürlich versuchen die bürgerlichen Parteien die „Gunst der Stunde“ gleich als Möglichkeit für eine weitere Ausdehnung von Repressionen und Verboten gegen ALLE zu nutzen. Allerdings laufen diese Versuche im Kielwasser jeglicher Kriminalität („Kinderschänder“, „Russenmafia“, etc.). Im Falle des Rechtsextremismus handelt es sich aber nicht bloß um eine aufgebauschte Scheindebatte, sondern tatsächlich um ein beträchtliches Gefahrenpotential.

DIE WARE.: *Wie nützlich ist ein NPD-Verbot für CDU und CSU als maßgebliche Betreiberinnen der Verbotsdebatte, gerade auch vor dem Hintergrund einer möglichen, weiteren Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechtes?*

Halina: Zum einen wird für die konservativ-rechten Parteien durch ein NPD-Verbot ein Konkurrent um WählerInnenstimmen ausgeschaltet. Der eigentliche Kernpunkt ist aber, dass sich diese Parteien so einer Debatte um Gegenstrategien zu rechtsextremem Potential, aber auch zu ihrer eigenen Verantwortung für deren Erstarken entziehen können. Mit dem Anschluss an die Forderung nach einem NPD-Verbot, ist die CDU und auch die CSU -allen voran Beckstein und Stoiber- vor allem wieder auf „der sicheren Seite“. Dass dies dann auch zu weiteren Verschärfungen in den Asyl- und Ausländergesetzen führen kann, ist nicht auszuschließen.

Lars: Ein NPD-Verbot würde allen, den Antrag befürwortenden bürgerlichen Parteien helfen, ihr „antifaschistisches Gewissen“ -sofern sie überhaupt noch eines besitzen- zu beruhigen und Wählerstimmen zu gewinnen. Vielleicht wäre es auch eine Möglichkeit, um den sowieso schon bestehenden Prozeß der „Rechtsausdehnung“ zu forcieren. Trotzdem ist aber eine, ohnehin schon heute rechtslastige CDU/CSU einer NPD immer noch vorzuziehen.

Ob die bürgerlichen Parteien in Folge des NPD-Verbotes versuchen, das Asyl- und Ausländerrecht zu verschärfen, ist insofern unerheblich, als dass irgend ein fadenscheiniger Vorwand von ihrer Seite aus bisher immer gefunden wurde und auch zukünftig gefunden werden kann. Unsere Aufgabe kann und soll darum nicht darin bestehen, mögliche „Vorwand-liefernde Ereignisse“, die ansonsten positiv zu bewerten wären, zu verhindern, sondern die mögliche Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechtes zu bekämpfen.



>> Die gut bewachte NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick.

>> Antifa-Demo am 7. Oktober in Berlin gegen die NPD-Zentrale.



INSTALLATION SIEG

>> STEFAN WIRNER

[Stefan Schmalz]

Schon über ein Jahr ist vergangen, seit NATO-Bomben auf Jugoslawien fielen. Die Nachwehen des durch die überwältigende Mehrheit der deutschen Medien als „gerechten Krieg“ dargestellten Waffengangs erschüttern noch heute die Nachrichtensendungen. Schlagworte wie – Revolution in Jugoslawien! – Bildung einer Übergangsregierung in Serbien! – flackern über die TV-Bildschirme. Doch reisen wir mit Stefan Wirners Buch „Installation Sieg“ anderthalb Jahre zurück in die Vergangenheit und führen uns mit Hilfe seines Buches die Darstellungsweise des Jugoslawienkrieges durch genau die Medien vor Augen, welche heute den Endsieg über den „Blutsäufer“ Milosevic feiern.

Wirner nutzt in seinem Buch eine äußerst experimentelle Form, um die deutsche Medienlandschaft zu Zeiten des Jugoslawienkrieges darzustellen: Das komplette Buch basiert ausschließlich auf Zitaten renommierter deutscher Tageszeitungen aus der Zeit vom 24. März 1999 bis zum 24. Juni 1999. Wirner erzählt auf diese Weise den Ablauf des Krieges: In „Phase 1 – Operation Eingreifen“ wird die Generalmobilmachung der deutschen Propagandamaschinerie beschrieben. In „Phase 2 – Durch Krieg zum Sieg“ schildert Wirner die durch die Medien vermittelte Logik der NATO nur mittels Bombenbeschuss ihre „humanitären Ziele“ erreichen zu können, und „Phase 3 – Der Friede“ enthält den kollektiven Siegestaumel der deutschen Medien.

Der Sprachstil der deutschen Tagespresse zieht sich durch das gesamte Buch und dem/der aufmerksamen LeserIn wird schnell der einhellige Tenor der kriegseuphorischen Presse bewusst: Wir Deutsche

stehen auf Seiten der Befreier. Es gibt keine Alternative zu diesem Krieg. Mit dem Feind wird nicht verhandelt. Wir kämpfen weiter bis zum Sieg.

Wirner stellt somit eindrucksvoll die faktisch vollzogene Eigengleichschaltung der deutschen Medienlandschaft dar. Sämtliche propagandistische Mittel der deutschen Presse werden enttarnt: Die Diabolisierung von Slobodan Milosevic, die Herabwertung kritischer Intellektueller, die Romantisierung der UCK und die wüsten geschichtlichen Quervergleiche zwischen der jugoslawischen Regierung und dem Naziregime finden sich passagenweise in dem Buch wieder.

Die stilistische Spielart des Buches bringt allerdings auch Nachteile mit sich: Es sind oftmals kurze Sätze aneinander gereiht, die den Lesefluss manchmal ins Holpern bringen. Die endlosen Hass Tiraden der deutschen Presse auf Milosevic und die Bevölkerung Serbiens durchziehen das gesamte Buch und wirken irgendwann ermüdend. Aber trotzdem, das Buch ist außergewöhnlich lesenswert – manche Formulierungen der Presse kann mensch nur noch mit einem aufgeschreckten Kopfschütteln quittieren, und nach Lektüre des Buches schwirrt dem/der ein oder anderen der Gedanke im Kopf, was Pressefreiheit in der BRD eigentlich bedeutet: Die Freiheit zur Desinformation?

STEFAN WIRNER:

INSTALLATION SIEG.

KALIGRAPHIE DES KRIEGES.

VERBRECHER VERLAG. 1999. | 18,90 DM.

LESEPROBE: WWW.VERBRECHEREI.DE



BRIEF AN DIE LESER

>> EIN FAIRER DEAL.

[Redaktion]



DIE NEUE ÄRZTE-PLATTE
IST DRAUSSEN. KAUFEN!

Eine gute und eine schlechte Nachricht für Euch. Zuerst die Schlechte: Ihr müsst für uns arbeiten. Genauer gesagt, sogenannte Buchrezensionen oder Film- und CD-Kritiken schreiben.

Denn wir haben keine Lust, jeden verdammten Film selber zu sehen, jede blöde CD selber zu hören oder sogar noch selber (womöglich dicke) Bücher zu lesen. Also ran die RechnerInnen und los geht's!

Ach ja, die gute Nachricht: Jede veröffentlichte Rezension oder Kritik wird mit einer Buch- oder CD-Prämie belohnt. Oder bestraft, je nach dem.

Zulässig ist alles, was sich in unserem Orbit irgendwie um Kultur, Politik, Theorie & Praxis und andere bedeutungsschwere Dinge dreht. Also von der neuen Ärzte-Platte über die philosophisch-ökonomischen Manuskripte von Karl Marx bis hin zu Winnetou von Karl May (wehe!).

Die Textlänge Eurer Beiträge sollte die der bereits Veröffentlichten nicht überschreiten. Da DIE WARE. ab dem Jahr 2001 in einem anderen Format erscheinen wird, werden zukünftig mindestens zwei Rezensionen bzw. Kritiken in jeder Ausgabe veröffentlicht werden können. Also es lohnt sich schon. Und uns erleichtert es die Arbeit.



DANCER IN THE DARK

>> REGIE: LARS VON TRIER

[Fabio De Masi]

Es gibt Filme die unaufdringlich sind, es gibt Filme mit enormer Wirkung. Filme die beides können, gibt es wenige. Einer davon ist *Dancer in the dark*. Der Film, mit der islandischen Pop-Ikone *Björk* in der Hauptrolle, ist schlicht, aber brutal.

Die Geschichte ist eine von denen, die sich täglich ereignen. *Björk*, tschechoslowakische US-Immigrantin, leidet an einem Sehfehler mit der Tendenz zur totalen Erblindung. Der Fehler ist erblich, ihr Sohn hat ihn, ohne es zu wissen. *Björk* liebt das Musical, den Tanz, sie liebt auch den Takt der Maschinen in der Blechwannenfabrik, in der sie arbeitet. In der sie eigentlich gar nicht arbeiten dürfte, weil ihr Sehfehler eine Gefahr für sie selbst darstellt, weil sie die Arbeit ohne die heimlichen Hilfen ihrer Kollegin überhaupt nicht bewältigen könnte, weil sie sich das ärztliche Attest nur erschlichen hat.

Sie braucht die Arbeit genauso, wie die kleinen Handarbeiten, um das Geld für eine Operation ihres Sohnes zu sparen. Er darf es nicht wissen, da der Stress die Erkrankung verschlimmern könnte. Die weiche, zarte, zerbrechliche Frau kann hart sein, vor allem zu sich selbst. Ihr Sohn bekommt keine Geschenke, nicht zum Geburtstag und auch sonst nicht. Sie muß sparen.

Der eisernen Disziplin gegenüber steht die Leidenschaft für das Musical, die Tagträu-

merie. Die Menschen lieben sie, auch ihr Vorarbeiter, ihr Chef, alle lieben sie, aber niemand versteht sie. Sie sagt, sie müsse arbeiten, auch nachts, wenn alles schneller gehen muß, als sonst, ihr niemand helfen kann, alles noch viel dunkler wird, um ihren Großvater in der CSSR zu unterstützen. Müßt Ihr alles teilen, ihr Kommunisten, fragt sie der Nachbar und Sheriff, auf dessen Grundstück sie mit ihrem Wohnwagen campiert.

Sie sagt sich, vielleicht findet sie den Kommunismus liebenswürdiger, doch die Musicals sind besser in den USA. Dieses Bekenntnis nutzt ihr wenig, als der vertraute und hilfsbereite Nachbar, der immer von seinem vielen Geld erzählt, in Wirklichkeit nur Schulden hat, Angst vor der Mißgunst seiner Frau, sie bestiehlt. Sie hat keinen Beweis. Sie bettelt und fleht, und erschlägt ihn.

Wenn schon die Menschen, die sie lieben, nicht ihr Innerstes begreifen, wie sollten dann die Gerichte es tun. Sie hat keinen Großvater in der CSSR und sie sagt nicht die Wahrheit, spricht nicht von ihrem Sohn. Sie wird verurteilt zur Todesstrafe, und so unvermittelt Menschen in ihr Leben treten, so spielen sie alle ihre Rolle. Jeder auf seine Art und Weise verständlich, doch Fiebern tun nur die, die versuchen, ihr Innerstes zu ergründen. Sie alle verzweifeln an ihr, doch sie kann nicht sprechen.

Kein Mensch wird angeklagt. Die Bilder einer Totschlägerin, einer einfachen aber wirklichen Heldin sind die härteste Abrechnung mit den Bedingungen der Isolationshaft, der Todesstrafe in den USA, die wohl niemals auf Leinwand lief. Eine Sängerin wird stumm. Sie liebt Musicals, aber hasst den letzten Akt. Deswegen verlässt sie die Vorstellungen immer früher, damit sie das Ende nicht erleben muß.

In diesem Fall wird sie gezwungen, dem letzten Akt beizuwohnen. Sie wehrt sich gegen die schwarze Haube der Henker aus dem Todestrakt, sie singt damit sie atmen kann. Sie stirbt, doch sie war nicht stumm.

Dancer in the dark ist mehrfach ausgezeichnet. Unterstützt wurde er von der dänischen Regierung sowie amnesty international, er läuft in zahlreichen Programmkinos. *Björk* ist brilliant in ihrer Authentizität. Sie erlitt während der Dreharbeiten u.a. im Todestrakt eines Us-amerikanischen State Departements mehrfach Nervenzusammenbrüche. Es ist jedoch nicht ihre prominente Stimme, sondern die der Figur, die sich aus der Todeszelle erhebt.

Der Film ist beklemmend nackt, die Musik und das Innenleben der Figur unglaublich kunstvoll. *Dancer in the dark* ist ein unaufdringlicher Film, und daher so politisch. Der Wunsch der Heldin, glücklich zu sein, ist so schlicht und begreiflich.



ALL YOU CAN EAT!



>> FÜR'S HIRN

Seminare in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Alle Seminare sind zum Spotpreis von zwanzig Markern zu haben - Eigentlich geschenkt, weil Futter und Schlafplatz gibt's für Lau. Außerdem gibt es die Kohle zurück, die Ihr für Fahrkarten zweiter Klasse aufwendet. Ihr findet das ganze auch nochmal auf unserer Homepage unter Termine! Anmelden könnt Ihr Euch natürlich auch, und zwar unter:

TELEFON: 030 / 24 00 94 19
E-MAIL: INFO@SOLID-WEB.DE

>> UND HIER DIE TERMINE!

SCHWULLESBISCHE POLITIK
Göttingen 16. / 17. Dezember 2000

**ENTSTEHUNG UND DURCHSETZUNG
VON STALINISMUS**
Magdeburg 20. / 21. Januar 2001

SCHULPOLITIK
Waren 03. / 04. Februar 2001

DROGENPOLITIK IN DER BRD
Weinheim 17. / 18. Februar 2001

LAYOUT MACHEN!
Berlin 24. / 25. März 2001

['SOLID]E FILME DREHEN
Rostock 07. / 08. April 2001

**MEHR DEMOKRATIE
FÜR DIE HOCHSCHULE!**
Kassel 27. - 29. April 2001

>> FÜR ALLE!

>> **2. BUNDESDELEGIERTEN-
KONFERENZ VON ['SOLID]**

Kassel, 09. bis 11. März 2001

>> **BUNDESWEITE KAMPAGNE:**

**„GEGEN SOZIALE
AUSGRENZUNG.**

**FÜR EINE SOZIALE
GRUNDSICHERUNG!**

Klausurtagung in Braunschweig
15.-17. Dezember 2000
(Bitte schon freitags anreisen!)

Unsere lustige Aktionswoche zur Kampagne sowie das wichtige Wochenende mit einer Konferenz zur „Sozialen Grund-sicherung“ und einer ['solid]en Party werden im ersten Halbjahr 2001 stattfinden.



>> FÜR'S HERZ

Aktionen von und mit ['solid]er Beteiligung, Adressen, bei denen Ihr Informationen bekommt, siehe drüben.

AUF GEHT'S!

**STADTWEITER JUGENDSTREIKTAG
MIT FETTER BETEILIGUNG
DER ['SOLID]EN BREMER**
Bremen, 06. Dezember 2000

LIEBKNECHT - LUXEMBURG EHRUNG
['solid] bei Rosa und Karl
Berlin, 13. / 14. Januar 2001

**WER NICHT AUSBILDET,
MUSS ZAHLEN!**
Jobparade mit ROT(z)frech
Schwerin, 01. Mai 2001

['SOLID] PFINGSTCAMP
Mit Seminaren und viel Camp.
Bad Münde, 01. - 04. Juni 2001

Bundesgeschäftsstelle

BundessprecherInnenrat/Länderrat
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel: 030 – 24 009 419
Fax: 030 – 24 009 326
e-mail: sprecherrat@solid-web.de
web: www.solid-web.de

[solid] Baden - Württemberg

c/o Markus Jakovac
Adolf-Rausch-Str. 6, 69124 Heidelberg
Tel: 06221 – 782820
e-mail: huhu@solid-bawue.de
web: www.solid-bawue.de

[solid] Bayern

c/o WKB Uwe Hixks
Judengasse 56, 96450 Coburg
Tel: 09561 – 511 924
Fax: 09561 – 511 222
e-mail: buero@solid-bayern.de
web: www.solid-bayern.de

[solid] Brandenburg

c/o WKB Stefan Ludwig
Friedrich-Engels-Str. 26,
15711 Königs Wusterhausen
Tel: 03375 – 294634
Fax: 03375 – 203040
e-mail: Isr@solid-brandenburg.de
web: www.solid-brandenburg.de

[solid] Bremen

Falkenstr. 14, 28195 Bremen
Tel: 0421 – 3387640
e-mail: solid@solid-bremen.de
web: www.solid-bremen.de

[solid] Berlin

Oderberger Str. 47 , 10435 Berlin
Tel: 030 – 440 52 311
Fax: 030 – 440 52 313
e-mail: info@solid-berlin.de
web: www.solid-berlin.de

[solid] Hamburg

c/o Antoine Vandiem
Bornkampsweg 11, 22761 Hamburg
Tel: 040 – 89062923
e-mail: info@solid-hamburg.de
web: www.solid-hamburg.de

[solid] Hessen

Kurfürstenstr. 8, 60486 Frankfurt (Main)
Tel: 069 – 706 502
Fax: 069 – 707 27 83
e-mail: sprecherrat@solid-hessen.de
web: www.solid-hessen.de

ROT(z)frech – die sozialistische jugend

Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 11 18, 17301 Pasewalk
Tel: 0177 – 2776754
Fax: 039773 – 20603
e-mail: rotzfrech@pds-mv.de
web: www.pds-mv.de/rotzfrech/

[solid] Niedersachsen

Stuckmeyerstr. 9, 30451 Hannover
Tel: 0511 – 4584798
Fax: 0511 – 444029
e-mail: solid-nds@gmx.de
web: www.solid-niedersachsen.de

[solid] NRW

Augustastr. 13, 58452 Witten
Tel: 0234 – 9705248
Fax: 089 – 244353653
e-mail: sprecherinnenrat@solid-nrw.de
web: www.solid-nrw.de

[solid] Sachsen

Hospitalstr.12, 02826 Görlitz (Neiße)
Tel: 0170 – 47 386 28
Fax: 03581 – 40 19 80
e-mail: info@solid-sachsen.de
web: www.solid-sachsen.de

[solid] Sachsen-Anhalt

Friedrich-Ebert-Str. 22, 06366 Köthen
Tel./Fax: 039206 – 6 88 44
Tel: 0177 – 222 53 13
e-mail: solid-san@solid-san.de
web: www.solid-san.de

[solid] Thüringen

c/o PDS Gera
Amthorstr. 11, 07545 Gera
Tel: 03685 – 709537
Fax: 03685 – 706228
e-mail: solid-gera@web.de

[solid] Rheinland Pfalz

c/o PDS Ludwigshafen
Seydlitzstr. 20, 67061 Ludwigshafen
Tel.: 0180 5 28130014597
e-mail: solid-rlp@gmx.de



BOLSCHEWIKENSHOP



['SOLID] T-SHIRT, WEISS,
IN VERSCHIEDENEN
GRÖSSEN, MIT DEM
SPRUCH „SO RADIKAL WIE
DIE WIRKLICHKEIT“

SCHON FÜR 15,- DM



['SOLID] FAHNE
LOGO AUF WEISSEM
HINTERGRUND

SCHON FÜR 25,- DM



['SOLID] BUTTON,
EINFACH UND
SCHLICHT MIT LOGO
SCHON FÜR 1,- DM



**POLITISCHE
PLATTFORM**

ALS SCHWARZ/ROT
LEPORELLO

KOSTENLOS



**FLOWERPOWER
GEGEN NAZIS!**

DAS A2 PLAKAT

KOSTENLOS



AUFKLEBER

MIT VERSCHIEDEN
MOTIVEN WIE DER ['SOLID]-ENTE,
FLOWERPOWER GEGEN NAZIS
UND LEGALIZE IT

KOSTENLOS



DIE WARE. #2

HABEN ODER
NICHT HABEN

KOSTENLOS



DIE WARE. #3

DAS LEBEN WIRD
IMMER SCHÖNER.

KOSTENLOS



DIE WARE. #4

WELTALL,
ERDE, MENSCH.

KOSTENLOS

CALL 030 - 24 009 419

MITMACHEN! SELBER MACHEN! KAPITALISMUS KAPUTTMACHEN!



[Wenke Christoph]

>> Unterwegs sah ich viele Menschen, die hastig in ihr Auto sprangen. Sie taten alle das Gleiche, egal ob in Jeans, billige Ausverkauf-Kunststoffe, oder in Anzüge gehüllt, alle würden sie, wie jeden Tag, an die Maschinen, in den Laden, ins Büro gehen, ein Leben lang, um Geld zusammenzuraufen, zu konsumieren und anschließend zu „leben“. <<

Mal was anderes machen. Junge, linke Politik zum Beispiel. Politik, die nicht sofort vor den so genannten und viel zitierten „Sachzwängen“ halt macht. Die den Mund aufmacht und sagt, was Scheiße ist und verändert gehört. Die Alternativen anbietet. Wer sowas macht? Wir zum Beispiel.

Der Mainstream ist rechts. Vorurteile gegen AusländerInnen, Homosexuelle, gegen Punks und andere finden sich fast überall. Also müssen wir etwas dagegen tun. Etwas machen gegen die braunen

Schläger, die (fast) jeden Tag an der Bushaltestelle hocken, pöbeln, hetzen, wenn nicht sogar prügeln. Was tun wollen wir in den Städten und Dörfern, in denen wir Demos, linke Feste und andere antifaschistische Aktionen und antirassistische Events organisieren. Schluss mit den „national befreiten Zonen“, die *no-going-areas* werden geschlossen!

Sozialismus ist, was DU daraus machst und weder DDR noch BRD. Sozialismus ist jeder kleine Schritt in Richtung soziale Gerechtigkeit, jedes inter-kulturelle Fest, zu dem Leute kommen. In jeder Forderung nach einem besseren Leben für alle steckt ein bisschen Sozialismus. *Fortune favours the brave!* Also sind wir mutig, machen den Arsch hoch und die Zähne auseinander.

>> **Mir wurde bewusst, dass, wenn ich jetzt ganz fleißig lerne, mich schrecklich anstrengende und viele gute Zensuren bekomme, werde studieren dürfen und dann mein ganzes Leben an einem Schreibtisch, über einem Mikroskop, an einem Reissbrett oder über einem offenen Brustkorb verbringen werde. Und ich würde Geld haben und mir fast alles kaufen können. Cool, 40 Jahre Monotonie, um als alter Sack, zwar mit Geld, aber auch mit senilem Hirn, schwachem Herzen und faltigem Arsch das Leben endlich genießen zu können.** <<

Spass wollen wir auch jetzt schon. Gegen die straighten Karrieren und Erfolgslaufbahnen von heute, die keinen Platz mehr lassen für Spontaneität, ehrliche Gefühle und Solidarität. Aber auch Politik muss Spass machen! Mit Party wird der Faschismus, soziale Ungleichheit und viel andere Probleme zwar auch nicht beseitigt. Aufmerksam machen können wir mit fetzigen, spontanen Aktionen darauf aber schon.

Viel quatschen, ein paar Seminare für das Gehirn und Aktionen für die Motorik und den Fun. Auch Sport, Spannung, Entspannung und Kultur beim Pfingst- und Sommercamp muss sein, getreu dem Motto: „Sommer, Sonne, Sozialismus“. Oder wie wär's mit unserem regelmäßigem Luxemburg-Liebkecht-Event jedes Jahr im Januar? Das heißt nicht nur riesengroße Demo, zusammen mit fast existierenden linken Organisation in der Bundesrepublik, sondern auch Kabarett, Theater, Konzert und viele [solid]s kennenlernen und wiedersehen. Oder wegfahren mit uns, zum Beispiel nach Amsterdam, wie im Jahr 2000 oder nach Prag, wie im kommenden Jahr.

Also traut euch, macht mit bei [solid] - die sozialistische jugend! Denn wie heißt es so schön am Schluss unserer Politischen Plattform: Wir haben eine Welt zu gewinnen!

['solid] 
die sozialistische jugend

>> EINTRITTSERKLÄRUNG:

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in [solid] - die sozialistische jugend. Ich erkenne die Satzung und die politischen Grundsätze des Jugendverbandes an.

Hiermit ermächtige ich [solid] - die sozialistische jugend, meinen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto abzubuchen. Diese Einzugsermächtigung gilt bis auf Widerruf.

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Anschrift

PLZ, Ort

Kontonummer

Telefon, Telefax

Bankleitzahl

eMail-Adresse

Kreditinstitut

Beitrag (mind. 2,- DM) Alter

Höhe des monatl. Mitgliedsbeitrages

Ort, Datum, Unterschrift

Ort, Datum, Unterschrift

['solid] Bundesbüro

Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin



>> www.solid-web.de

>> www.dieware.de

